

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1/4 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnißmäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 10. Oktober. Se. Majestät der König haben Allerhöchstdigst geruht: Dem Staatsminister Grafen von Bernstorff auf seinen Antrag von der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers zu entbinden; den Staatsminister von Bismarck-Schönhausen zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen; ferner dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Staatsminister von Posadowski unter Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rathe mit dem Prädikate „Excellenz“ die nachgesuchte Dienst-Entlassung zu ertheilen, und den Staatsminister Grafen von Igenplitz mit der einseitigen oberen Leitung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu beauftragen.

Se. Majestät der König haben Allerhöchstdigst geruht: Dem Sekonde-Lieutenant Pohlmann à la suite der Garde-Invaliden-Kompagnie, und dem bisherigen Kandidaten der Bergamtskaffe zu Larnowitz, Rechnungsrath Kerl zu Schweidnitz, den Rother Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem pensionirten Steuerassessor Mielenz zu Bahna im Kreise Wittenberg und dem Küster und Schullehrer Mademacher zu Ost-Insel im Kreise Stendal, das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem ersten Syndikus der Ostpreussischen Landschaft von Buchholz in Königsberg i. Pr. den Charakter als Justizrath zu verleihen; und die Wahl des Oberlehrers an der Realschule in Wittstion, Dr. Ludwig Schacht, zum Direktor der Realschule in Ebersfeld zu befähigen; endlich dem Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath und General-Steuer-Direktor von Pommer-Esche, dem Wirklichen Geheimen Legationsrath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Bihlischorn, und dem Direktor im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Delbrück die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers der Franzosen Majestät ihnen verliehenen Groß-Offizierskreuzes des Ordens der Ehren-Legion zu ertheilen.

An dem Gymnasium zu Landsberg a. W. ist die Anstellung des Lehrers Winkler als Oberlehrer genehmigt worden.

Die Anstellung des Hilfslehrers Dr. Dissenbeck am Gymnasium zu Münster als ordentlicher Lehrer an der städtischen Realschule zu Köln ist genehmigt worden.

Dem Rittergutsbesitzer Baron von Kopy, dem Älteren, auf Krain bei Strehlen ist die silberne (größere) Medaille für Verdienst um die Landwirtschaft verliehen worden.

Nr. 253 des Staatsanzeigers enthält das Gesetz, betreffend die Stempelsteuer von ausländischen Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigebättern; vom 26. September 1862.

Das 35. Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5600 den Allerhöchsten Erlaß vom 9. August 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte an den Kreis Ludau, des Kreis-Bezirks Frankfurt a. O., für den Bau und die Unterhaltung der innerhalb des genannten Kreises belegenen Strecke der Kreis-Chaussee von Ludau nach Jüterbogk, im Kreise Jüterbogk-Ludowalde des Regierungs-Bezirks Potsdam, unter Nr. 5601 das Privilegium wegen Ausfertigung einer zweiten Serie auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationsen des Bitterfelder-Schwieber Kreises im Betrage von 10,000 Thalern. Vom 29. August 1762, unter Nr. 5602 den Allerhöchsten Erlaß vom 1. September 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Werden an der Ruhr bis zur Krümmeveg-Werdenischen Staatsstraße bei Ketthwig vor der Brücke, im Regierungsbezirk Düsseldorf; unter Nr. 5603 den Allerhöchsten Erlaß vom 15. September 1862, betreffend die Ertheilung des Rechts zur Expropriation der Behufs Herstellung einer neuen Einführung der Dahnabrück-Löhner Eisenbahn in die Bahnhofsbestimmung zu Wünnen planmäßig erforderlichen Grundstücke, und unter Nr. 5604 das Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationsen der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft zum Gesamtbetrage von 4,500,000 Thalern. Vom 17. September 1862.

Berlin, den 9. Oktober 1862.

Debitkomptoir der Gesetzsammlung.

Zum Verständniß

der letzten Abstimmung des Abgeordnetenhauses in der Militärdebatte lassen wir das gefallene Amendement von Vincke und Genossen, welches Herr v. Bismarck als eine Brücke zur Verständigung bezeichnete, hier noch einmal folgen. Dasselbe lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, was folgt: „In Erwägung, daß 1) alle Staatsausgaben nach dem Wortlaut und dem klaren Sinn des Artikels 99 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 durch ein Gesetz festgestellt werden müssen; 2) eine Berechtigung zur Leistung solcher Ausgaben der Landesvertretung gegenüber daher nicht existirt, bevor sie durch ein Gesetz festgestellt worden sind; 3) das bisherige Verfahren, wonach bei dem Beginn eines jeden Jahres die durch das Staatshaushaltsgesetz des vorhergehenden Jahres festgestellten fort-dauernden Ausgaben bis zur gesetzlichen Feststellung des neuen Staatshaushaltsetats einstweilen fortgeleitet worden sind, bis jetzt niemals als ein verfassungsmäßiges Verfahren anerkannt; 4) vielmehr von allen Faktoren der Gesetzgebung zugegeben worden ist, daß es eine der nach-träglichen Genehmigung der Landesvertretung bedürftige Abweichung von dem verfassungsmäßigen Verfahren enthalte; 5) dies bisherige Ver-fahren sich stets nur auf die im Vorjahre durch das Staatshaushaltsgesetz ausdrücklich bewilligten fortdauernden Ausgaben erstreckt hat, somit 6) durchaus nicht als ein Präzedenzfall für die fernere Leistung solcher Ausgaben geltend gemacht werden kann, deren weitere Bewilligung von dem Hause der Abgeordneten ausdrücklich abgelehnt worden ist; in der ferneren Erwägung, 7) daß der interimistische Vorsitzende des Staats-ministeriums in der 94. Sitzung der Budgetkommission, nach Ausweis des Protokolls vom 30. September d. J. die Erklärung abgegeben hat, „die eingangsgedachte Auffassung des Artikels 99 stehe mit der zwölf-jährigen konstitutionellen Praxis des Landes im Widerspruch und beruhe auf einer Interpretation, welche von der Staatsregierung nicht getheilt werden könne“ 8) das königliche Staatsministerium aber dieser Erklä-rung keinerlei Folge geben kann, ohne die Verfassung des Landes zu ver-legen: erklärt das Haus der Abgeordneten, daß die königliche Staats-regierung, abgesehen von den in Ansehung des Etats pro 1862 zu ge-wärtigenden weiteren Vorlagen, falls sich die Feststellung des Staats-haushaltsetats für das nächste Jahr nicht noch vor dem 1. Januar 1863 herbeiführen läßt, zur Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände ver-pflichtet ist, noch vor Ablauf des Jahres 1862 die Bewilligung eines

vorläufigen extraordinären Credits bei der Landes-Vertretung zu be-antragen.“

Bezüglich der Abstimmung über dieses Amendement bringt jetzt das Organ des Herrn v. Vincke eine Erklärung des Inhalts:

„Da in der heutigen Sitzung der Antrag auf namentliche Abstimmung über das zu dem Kommissionsantrage gestellte von Vinckesche Amendement nicht die genügende Unterstützung gefunden hat, erklären die Unterzeichneten, daß sie für dieses Amendement gestimmt haben, welches, ohne eine Forderung an die Staatsregierung zu stellen, deren Erfüllung nicht in der Hand der Letzteren liegt, die verfassungsmäßigen Rechte der Landesvertretung, nach der Ansicht der Unterzeichneten, allein vollständig wahr. Berlin, 7. Oktober 1862. v. Auerwald. Baur. Jubel. Hoffmann (Doppel). Jacob. Kühne. v. Rathen. Karsten. v. Patow. Freiherr v. Richthofen (Zauer). v. Richthofen (Striegau). Robert-Tornow. A. v. Sauten (Zulienfelde). Schubert. Simson. Graf Schwerin-Puzar. v. Vincke (Stargard). Frh. v. Vincke (Strehlen).“

Das Amendement, erläutert dasselbe Blatt weiter, sollte der königl. Staatsregierung zu erkennen geben, daß eine Lösung des drohenden Konflikts möglich sei, wenn dieselbe den Landtag noch im Verlauf dieses Jahres wieder einberufe und demselben gleich bei seinem Zusammentreten vorlege:

- 1) Die nöthigen Vorlagen in Ansehung des Jahres 1862, d. h. a) in dem Falle, wenn das Budget so, wie es im Abgeordnetenhause bewilligt ist, auch die Genehmigung des Herrenhauses erhält, einen Antrag auf einen nachträglichen Kredit oder auf eine Zindevmitat hinsichtlich der über diesen Etat hinaus bereits geleisteten und bis zum 31. Dezember noch zu leistenden Ausgaben; b) in dem Falle, wenn das Budget vom Herrenhause verworfen wird, einen umgearbeiteten Etat pro 1862, welcher sich im Wesentlichen, also namentlich in Betreff der Reorganisations-Ausgaben im Ordinarium den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses anschließt, die faktisch aber für die Reorganisation bereits geleisteten, resp. bis zum 31. Dezember noch zu leistenden (so weit es möglich ist, zu ermäßigenden) Ausgaben in einem besonderen Extraordinarium, oder nach Befinden auch in einer besonderen Vorlage erbittet, — das Ordinarium der neuen Etats muß sich im Wesentlichen den Beschlüssen anschließen; es würde aber unbenommen sein, im Militäretat, wie in allen übrigen Etats einzelne Positionen, deren Verabreichung die Regierung für besonders bedenklich erachtet, wieder aufzunehmen und zu versuchen, ob das Haus bei nochmaliger Erwägung dieselben nicht bewilligen will; 2) einen Gesetzentwurf wegen der Verpflichtung zum Kriegsdienst und wegen der Organisation der Armee, 3) den Etat für 1863 unter Zugrundelegung der zweijährigen Dienstzeit, 4) einen Gesetzentwurf, welcher die Regierung für zwei oder drei Monate autorisirt, vorläufig und vorbehaltlich der späteren Ausgleichung nach diesem Etatsentwurfe die Ausgaben des Ordinarii zu leisten.

Wenn die Frage aufgeworfen wird, warum das Amendement diese Vorschläge nicht ausdrücklich specialisirt habe, so ist darauf Folgendes zu erwidern: Der Forckenbeck'sche Antrag knüpfte sich an die Zurückziehung des Etats pro 1863. Die Aufgabe der Kommission konnte daher nur die sein, die Unzulänglichkeiten ins Auge zu fassen, welche aus diesem Schritte, also im Jahre 1863 hervortreten könnten, und an diese Aufgabe konnte sich daher auch nur das Amendement Vincke halten. Zu Betrachtungen und Anträgen in Betreff der Zustände des Jahres 1862 gab die Zurückziehung des Etats pro 1862 keine Veranlassung, das Amendement mußte sich daher in dieser Beziehung auf eine Andeutung beschränken. Daß aber die Nachsicherung eines extraordinären Credits nicht für sich allein, sondern nur in Verbindung mit einem den Ansichten des Hauses entsprechenden Etatsentwurfe und der Vorlegung des zuge-sicherten Gesetzentwurfes oder zweier Entwürfe zu einer Verständigung führen kann, darüber konnte die Regierung nach den bisherigen Verhandlungen nicht zweifelhaft sein, und es genigte deshalb, dies im Hause bei der Debatte ausdrücklich auszusprechen, was wiederholt geschehen ist.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 9. Oktober. [Vom Hofe; Ver-schiedenes.] Heute Vormittags nahm der König auf Schloß Ba-belsberg die gewöhnlichen Vorträge entgegen und empfing alsdann den vom Schlosse Sagan hier eingetroffenen Herzog von Dino. Derselbe erschien um 3 Uhr an der königlichen Tafel. Morgen Vormittags kommt der Könige mit dem Zuge um 10 Uhr von Potsdam nach Ber-lin, um die gewöhnlichen Vorträge entgegenzunehmen und mit dem Mi-nisterpräsidenten v. Bismarck und dem Kriegsminister v. Roon zu ar-beiten. Außerdem will der König dem Grafen v. Bernstorff, der am Sonnabend auf seinen Gesandtschaftsposten nach London abgeht, eine Abschiedsaudienz ertheilen und den bisherigen Handelsminister v. Holz-brinck empfangen, der im Begriff ist, aufs Land zu gehen. Der Prinz Karl kehrt morgen früh nach einem längeren Aufenthalte in Paris, wie-der nach Schloß Glienicke zurück. Der Ministerpräsident v. Bismarck hatte heute längere Konferenzen mit den Ministern v. Roon, v. Bodel-schwingh, Graf Igenplitz, v. Jagow u. und empfing die Gesandten Englands und Italiens. — Die Vertreter Belgiens und Sachsens kehren in diesen Tagen nach einem mehrmonatlichen Urlaube auf ihre hiesigen Posten zurück. — Am 15. Oktober, dem Geburtstage des hoch-seligen Königs, soll in der Friedenskirche zu Potsdam eine Gedächtniß- und Trauerfeierlichkeit stattfinden, welcher mit Ausnahme der Königin Augusta und des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin die ganze königliche Familie beizuhören wird. Außerdem kommen zu derselben auch die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin und der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich der Niederlande nebst Tochter an den Hof. Die Gedächtnisrede wird, wie ich höre, der Hofprediger Heym halten. — Auf dem Wilhelmsplatz ist heute die Bronze Statue des Ge-nerals v. Winterfeld aufgestellt worden und es bleibt jetzt nur noch die Aufstellung der Bronze Statue des Generals v. Keith übrig. Die Ar-

beiten gehen auffallend langsam, was um so mehr in die Augen fällt, als dadurch seither die Uebergänge über den Platz versperrt waren. — Der Theaterdirektor Kommissionsrath Wallner ist von Wien, wo er sich längere Zeit aufgehalten hat, heute hierher zurückgekehrt. Die Nach-richt, daß derselbe dort einen Schlaganfall erlitten habe, ist völlig un-gegründet. — Die königlichen Theater sind jetzt allabendlich bis auf den letzten Platz gefüllt. Seit Jahren ist der Besuch nicht so stark ge-wesen.

[Abwehr.] Die „Wiener Presse“ hatte bei einer Beleuch-tung der dem Herrn v. Bismarck immer noch zugemutheten gro-ßen Aktionsentwürfe die altliberale preussische Partei verdächtigt, daß sie im Geheimen bereit sei, den Premier unter Aufgabe des linken Rheinufers beim Aufräumen in Deutschland zu unterstützen. Dagegen verwahrt die „B. Allg. Ztg.“ die Partei auf das Allernachdrücklichste und erklärt u. A., daß, wenn es jemals einen preussischen Minister geben sollte, der daran dächte, um Frankreichs Zustimmung für preussische Ver-gößerungspläne zu gewinnen, auch nur einen Fußbreit deutschen Bodens abzutreten, — daß der erste Schritt zur Ausführung eines solchen Ge-dankens der erste Schritt zur Anklage auf Hochverrath und zum Schaffot sein würde. Wir erklären endlich, daß jeder preussische Minister, gleich-viel, welcher Partei er angehört, als erste Aufgabe seiner Politik die Her-stellung einer deutschen Union mit preussischer Spitze betrachten muß, und daß keine Intrigue Oesterreichs unsern Staat und die deutsche Nation an der Erfüllung dieser Aufgabe hindern wird, die durch die Gewalt histo-rischer Nothwendigkeit auf friedlichem Wege sich vollziehen wird, so bald wir nur erst unsre heimischen Verhältnisse geklärt haben.

[Dankadresse.] Aus Leipzig vom 8. d., Abends 10 Uhr, geht der „N. Z.“ folgende telegraphische Depesche zu: „In einer heute Abend abgehaltenen Versammlung Deutscher aller Gauen wurde eben eine Dankadresse an das preussische Abgeordnetenhause beschlossen, welche 633 Unterschriften erhielt.“ — Zu der Versammlung, welche im Odeum stattfand, hatte Prof. Koszmäler am gestrigen Morgen in öffentlicher Aufforderung eingeladen.

Von dem Kölner Wahlkomité ist beschlossen worden, die Abgeordneten der Stadt Köln bei ihrer demnächstigen Rückkehr von Ber-lin feierlich zu empfangen, und dem Abgeordnetenhause in einer großen Bürgerversammlung die verdiente Anerkennung für seine standhafte Ver-theidigung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes auszusprechen.

[Adressen.] Heute um 1 Uhr wird eine aus 6 Mitgliedern bestehende Deputation aus Halle, welche, geführt durch den Professor Witte, eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Ergebenheitsadresse überreicht, von Sr. Majestät empfangen. Aus Breslau wird demnächst auch eine Adresse erwartet.

Graudenz, 8. Oktober. [Verurtheilung; Entweichung.] Nach dem heute publicirten Erkenntniß ist der Chef der unglücklichen 12. Kompagnie, Hauptmann v. Besser, zu einem sechsmonatlichen Festungsarrest verurtheilt, welche Strafe er auf der Festung Pillau ver-büßen wird. Nach verbüßter Strafe tritt er in dasselbe Regiment als Kompagniechef ein. — Der am härtesten zu 19 Jahren 9 Monaten verurtheilte Unteroffizier Klatt ist auf dem Transporte nach der Festung Thorn entwichen. (Br. 3.)

Bayern. München, 7. Oktober. [Handelstag; Frank-furter Versammlung; großdeutscher Verein.] Dem „Nürn. Corr.“ wird von hier geschrieben: Der Minister des Handels, Frhr. v. Schrenk, hat heute den Ausschuß des deutschen Handelstages empfangen. Die einzelnen Mitglieder desselben wurden durch den Präsi-denten Herrn Hansemann dem Minister vorgestellt. — Einige Ver-zögerungen, die sich der Einladung zur großdeutschen Versammlung nach Frankfurt entgegenstellten, sind nun beseitigt, so daß die Einladung als-bald veröffentlicht werden kann. — Etliche 40 Bürger unserer Stadt, unter ihnen der erste Bürgermeister Abgeordneter von Steinsdorf, sind gestern Behufs der Bildung eines großdeutschen Vereins zu einer Be-sprechung zusammengetreten; eine weitere Versammlung wird nächster Tage stattfinden.

Nürnberg, 7. Okt. [Hohe Gäste.] Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen und der Prinz von Wales sind gestern mit dem Sitze aus Norden hier eingetroffen und haben sofort vom Bahnhofe aus die Ehrengewürdigkeiten der Stadt in Augenschein genommen. Heute Morgen haben sie die Reise in südlicher Richtung (der Kronprinz und seine hohe Gemahlin begeben sich bekanntlich nach der Schweiz und Italien) fortgesetzt. Das Absteigequartier war der „Gasthof zum rothen Hofs“.

Hannover. 8. Oktober. [Pastorenkonferenz; Han-delstag; für den Handelsvertrag.] Zur Pastorenkonferenz, welche Pastor Baur Schmidt nach Celle berufen hatte, waren etwa 50 Geistliche aus fast allen Provinzen unseres Königreichs erschienen; außerordentlich zahlreich hatte sich auch die Bevölkerung der Umgegen eingefunden. Nach längerer Diskussion wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Die Versammlung erklärt, daß sie fest hält an den Grundfägen der ewange-lischen Kirche, wie die Reformatoren dieselbe gestaltet haben, gestützt auf das Wort Gottes in den prophetischen und apostolischen Schriften als Norm des Glaubens und der Lehre; 2) die Versammlung hält keinen lutherischen Geistlichen für befugt, im Widerspruch mit der Schulge-meinde einen anderen Katechismus als den Landeskatechismus, wo die-ser gesetzlich eingeführt ist, beim Unterrichte zum Grunde zu legen; 3) es ist dringendes Bedürfniß, daß die lutherische Kirchengemeinde zu einer festen und lebendigen Gemeindeordnung gelange mit genügendem Ein-fluß auf die Wahl der Prediger und Lehrer und daß ein gemeinsames Band in einer Provinzial- und Landesynode gewonnen werde. Es soll zur Verwirklichung dieser Wünsche eine Versammlung von Geistlichen und Laien veranstaltet werden. — Der Generalsekretär des Finanzmini-sters, Geh. Finanzrath v. Klentz, und der Regierungsrath Schow sind als Vertreter der Regierung auf dem deutschen Handelstage nach Mün-

chen gereift. — Auch der Göttinger Handelsstand hat sich gestern in einer Versammlung einstimmig für den Handelsvertrag mit Frankreich ausgesprochen. (M. 3.)

Bremen, 7. Okt. [Nationalverein.] Für den 18. d. M. ist nach Bremen eine neue Versammlung des Nationalvereins ausgeschrieben; v. Bennigsen aus Hannover und Miguel aus Göttingen werden dabei sein.

Frankfurt a. M., 7. Oktober. [Die großdeutsche Versammlung.] Im Sprechsaal der „Postzeitung“ wird für die demnächst hier stattfindende großdeutsche Versammlung vor allem Ausschluß aller unberechtigten Eindringlinge, welche „bei jedem verständigen Worte höhnend ihre Klique Schlussabstimmung rufen lassen“, gefordert. An den Vertretern der Presse sei es genug. Ein unberechtigter Eindringling ist aber ein Jeder, der sich nicht zu folgendem obersten Programm bekennt: 1) „daß für jetzt die föderative Ordnung Deutschlands in ihren verfassungsmäßigen Grundzügen aufrecht zu halten ist, namentlich der Bundesverband mit Oestreich; 2) daß im nationalen Interesse eine zeitgemäße Reform durch weitere Ausbildung der Bundesverfassung und die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsgebietes durch Aufnahme Oestreichs auf das Entschiedenste angestrebt werden muß, und zwar 3) vor Abschluß eines Handelsvertrages mit außerdeutschen Staaten.“ Die Tagesordnung der ersten Versammlung soll sich sodann nur auf die einzige Frage erstrecken, ob ein Verein zu gründen wäre, der sich auf Grundlage obiger Sätze verbindet. Sache des wirklich gegründeten Vereins würde es dann sein, zu erwägen, wie er sich organisiren und worüber er berathen will, ob in öffentlichen oder nicht-öffentlichen Sitzungen u. s. w. Das wäre also das Programm einer Partei, die so deutsch gesinnt ist, daß sie das Prädikat „großdeutsch“ für sich in Anspruch nimmt. Schade nur, daß in dem Programm so wenig von deutschen, desto mehr aber von — österreichischen Interessen die Rede ist.

Stettin, 6. Okt. [Demission.] Ministerialvorstand v. Stiernerberg, bekanntlich der einzige der dormaligen Minister, welcher die wiederhergestellte Verfassung ehrlich zu handhaben gedenkt, hat seine Entlassung gefordert, weil der Kurfürst nicht nur keine der den Ständen zu machenden Vorlagen genehmigt hat, sondern überhaupt von einer Einberufung des Landtags nichts wissen will.

Sächs. Herzogth. Koburg, 7. Okt. [Die Generalversammlung des Nationalvereins] vertagte den Antrag auf Umwandlung der stehenden Heere in Volkshere. Sie beschloß zu erklären, daß für Wiederherstellung der mecklenburgischen Verfassung von 1849 zu wirken sei, sowie ferner, daß das preussische Abgeordnetenhaus sich um das Vaterland verdient gemacht habe.

Großbritannien und Irland.

London, 8. Oktober. [Gladstone] erklärte gestern in einer zu Newcastle gehaltenen Rede, daß die Ergebnisse des französischen Handelsvertrages alle Erwartungen übertroffen hätten. Er bemerkte ferner, das Parlament werde die Ausgaben beschränken müssen. In Bezug auf den amerikanischen Krieg sprach er den Wunsch aus, daß England die in Amerika herrschende Aufregung milde beurtheilen möge. Aber den Sklaven, sagte er weiter, wäre durch die Wiederherstellung der Union weniger als durch die Trennung des Südens geholfen, und daß Jefferson Davis aus dem Süden eine Nation geschaffen habe, sei unlängbar. Schließlich äußerte Gladstone, daß er auf eine baldige Lösung der italienischen Frage hoffe.

London, 9. Okt. [Telegr.] Die heutige „Times“ berichtet: Das Comité zu Mailand habe eine Statue, das Sinnbild der Einheit Italiens an Carl Russell zum Geschenk übersendet, indem es durch dasselbe für die von Russell zur Herbeiführung der Einheit gemachten Anstrengungen seine Dankbarkeit bezeigen wolle. Russell habedieses Geschenk angenommen und ein Antwortschreiben folgenden Inhalts an das Comité geschickt: Es sei immer meine Ueberzeugung gewesen, daß Italien der beste Richter gewesen sei über die Art und Weise, sich seine Unabhängigkeit zu sichern. Niemand hätte in diesem großen Werke interveniren sollen, welches Italien zu seinem unsterblichen Ruhme unternommen habe. Es sei ein Glück gewesen, daß bei dem Beginne dieses Werkes der Kaiser der Franzosen hilfreiche Hand geleistet habe, aber die eigene Tapferkeit, die Mäßigung und die Ausdauer hätten Italien zu weiteren Erfolgen geführt und er hoffe, daß die eigene Beharrlichkeit das Werk vollenden werde, zu dem der Nationalgeist den Grund gelegt habe.

Frankreich.

Paris, 7. Okt. [Tagesbericht.] Jeden Tag wechseln die

Theater.

[Eröffnung der Winteraison.]

Rosenmüller und Fink oder Abgemacht ist abgemacht! Original-Lustspiel in 5 Akten von Dr. Töpfer. Die Direktion unseres Stadttheaters hat für die gestern erfolgte Eröffnung der Winteraison einen glücklichen Griff gethan durch die Vorführung der wohl angeschriebenen Firma Rosenmüller und Fink. Wir nennen den Griff glücklich, nicht weil das bewährte Lustspiel „am königl. Hoftheater in Berlin fortwährendes Repertoirestück“, sondern weil es wirklich gut und eines der besten aus der Feder des wackern Töpfer ist. Es thut dem kritischen Gemüthe wohl, wenn es nach den oft nur zu pikanten Soireen, welche die moderne Jungfrau Thalia veranstaltet, Gelegenheit hat, sich an den Speisen zu ergötzen, die die geehrte Dame früher vorzusehen pflegte. Das Gewürz, welches die Neuzeit so sehr liebt, ja als unumgänglich notwendig betrachtet, hat die Gaumen schon gar sehr angegriffen, es thut Noth zu zeigen, daß man auch ohne die Trüffel ein erquickliches Mahl einnehmen kann. Daß solches Mahl meistens viel naturgemäßer ist, bedarf keiner Erwähnung. Wir haben früher schon der großen Umwälzung gedacht, welche in den letzten Jahren, oder sagen wir in den letzten anderthalb Dezennien, mit dem deutschen Lustspiel, speciell mit dem norddeutschen, vorgegangen sind. Wer Kenntniß von den Verhältnissen hat, weiß es, wie gerade im Lustspiel- und dem ihm sehr nahe verwandten Possensfach die Unterscheidung in nord- und süddeutsch nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar bedingt ist. Heutzutage, wo das Leben in der Gesamtheit eine so große Rolle spielt, wo die Politik mit allen ihren zerfetzenden und häßlichen Eigenschaften selbst in die sonst so traulichen Familienkreise mit rauher, zwietrachtäender Hand eingreift, heutzutage, wo die politische Reise (der Himmel weiß, wie oft diese eine Blendwerk, eine Chimäre ist) die Charaktere in ihren Handlungen, ihrem Denken, ihrem Streben vollständig umzuschmelzen unablässig strebt, heutzutage sind die gemüthlichen alten Lustspiele vollständig zum Perfektum der Lebenskonjugation zu zählen. Denn jeder Dichter, Schriftsteller und salva venia Lustspiel- oder Possenfabrikant ist der Sohn seiner Zeit,

Gerüchte über die Abreise des Kaisers von Biarritz. Heute heißt es, daß Ihre Majestäten schon morgen in St. Cloud eintreffen sollen. — Auch Herr Ratazzi wird sein Hierherkommen beschleunigen. Er soll nächste Woche in Paris erscheinen, und zwar in Begleitung des Herrn Vacca, Vicepräsidenten des Senats, desselben Mannes, der so nachdrücklich gegen die Lagueronniere'sche Lösung der italienischen Frage in der Presse aufgetreten ist. — Kardinal Wiseman hat ein Rundschreiben an die englischen Katholiken erlassen, in dem er die Doktrinen des Journals „La France“ über die Lösung der römischen Frage diskutirt und theilweise widerlegt. — Es verbreitet sich heute das Gerücht, daß Graf Montebello nach Paris zurückberufen und das Otkupationskorps von Rom nicht unbedeutend vermindert werden soll. — Das Staatsbudget für 1864 ist jetzt schon an den Staatsrath abgegangen, also vier Monate früher als in früheren Jahrgängen. Es geht demselben ein Finanzbericht des Herrn Fould vorher, der wahrscheinlich gegen Mitte des Monats im „Moniteur“ erscheinen wird. — Die „France“, welche vor kurzer Zeit erst mit einer in der französischen Presse seltenen Vorurtheilslosigkeit sich in dem schleswig-holsteinischen Streit für das Recht Deutschlands aussprach, bringt heute einen Artikel über dieselbe Frage, worin mit verdoppelter Gehässigkeit gegen Deutschland und im Besonderen Preußen losgezogen wird.

— [Die montenegrinische Konvention.] Man hat jetzt hier den Wortlaut der montenegrinischen Konvention erhalten, und sie macht allgemein den Eindruck, für Montenegro noch weit ungünstiger zu sein, als man erwartet hat. Die Anerkennung der Oberhoheit der Pforte ist zwar nicht in Worten ausgedrückt, aber sie liegt im Geiste des ganzen Dokumentes. Die strategische Straße, welche man, um weniger Protestationen hervorzurufen, hier Handelsstraße nennt, geht von der Herzogwina nach Scutari, schneidet Montenegro mitten durch und wird wirklich Blockhäuser bekommen, in welchen die Türken Garnison halten werden. Man hat irthümlicherweise geglaubt, daß außer dieser Heerstraße auch noch eine Handelsstraße stipulirt sei, so daß das kleine Land förmlich zerhackt worden wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall, sondern die erwähnte diplomatisirte Benennung der strategischen Straße als Handelsstraße hat zu dieser Verwechslung Anlaß gegeben. Die serbische Regierung soll auf Anrathen Englands das Protokoll von Konstantinopel angenommen haben. Ist dies der Fall, und bleiben die russischen Proteste über die Erledigung der montenegrinischen Angelegenheit, wie zu erwarten steht, ohne Erfolg, so ist der Sieg der englischen und österreichischen Diplomatie ein sehr bedeutender. Montenegro hat den ganzen Aufstand nur in Folge der Versprechungen gemacht, welche es aus den Donauländern, aus Italien, aus Griechenland erhalten hat. Es soll jetzt aus zwei Generationen hinaus erschöpft sein. (M. 3.)

Paris, 9. Okt. [Telegr.] Der heutige „Moniteur“ enthält den Finanzbericht. Fould legte in demselben dem Kaiser die Gesamtfinanzlage vor und bittet um die Autorisation, das Budget für 1864 dem Staatsrath zuzusenden zu dürfen. Fould resumirt die Lage folgendermaßen: Die Höhe der rückständigen Schuld hat sich um 157 Millionen vermindert. Das Jahr 1862 wird kein Deficit zeigen. Das Jahr 1863 wird mit einem Reservefonds von 80 Millionen beginnen, um für unvorhergesehene Ereignisse gedeckt zu sein. Das Budget von 1864 wird die Steuerlast nicht vergrößern.

Italien.

Turin, 6. Okt. [Die verhafteten Deputirten; kriegsrechtliches Urtheil; Finanzlage.] Die Amnestie umfaßt auch die in Neapel verhafteten Deputirten, obgleich sie nach der officiösen Wendung wegen irgend einer in Neapel selbst begangenen Ungefeßlichkeit festgenommen sein sollen. Denn nur durch die Ertappung in flagranti hat bisher Ratazzi auf Lamarmora's Autorität hin die Verhaftung dieser Abgeordneten vertheidigt. Die Kammer wird diese Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen. (Nach einer Depesche des „Diritto“ aus Neapel sind die Deputirten Mordini, Fabrizio und Calvino am 6. d. in Freiheit gesetzt worden.) — Die 32 Officiere des Korps des Generals Wella, welche ihre Entlassung gegeben, um nicht gegen Garibaldi kämpfen zu müssen, sind jetzt vom Kriegsgerichte zur Degradation verurtheilt worden. Auch ist bereits ein auf Erschießung lautender kriegsrechtlicher Spruch gegen 5 der regulären Armee angehörende Soldaten ergangen, die sich unter den Garibaldianern befanden. Wenn auch die Desertirten ausdrücklich von der Amnestie ausgenommen sind, so glaubt man doch, daß diese Strafe gemildert werde, zumal die Gefangenen der Gnade des Königs empfohlen worden. — Nach dem Jahresbericht des Finanzministeriums für 1862 beträgt das Deficit 350,936,255 Fr., wobei indeß die außergewöhnlichen Kosten, welche die sicilianischen Vorgänge

nach sich gezogen, noch nicht berücksichtigt sind. Die Aktiva belaufen sich auf 623,411,144 Fr., die Passiva aber auf 974,347,399 Fr. Indeß hofft Herr Sella noch immer vermöge der von ihm eingebrachten Finanzgesetze über Domänenverkauf u. s. für dieses Jahr eine Anleihe zu vermeiden. (M. 3.)

— [Strenge Maaßregeln in der Capitanata.] Der von Palermo nach Foggia (Provinz Capitanata) versetzte Präfect Ferrari hat sein neues Amt mit dem Erlaß eines an alle Unterpräfecten, Bürgermeister und Kommandanten der Nationalgarde gerichteten Circulars angetreten. Er verlangt in demselben binnen 14 Tagen einen genauen Nachweis aller der von ihrer Heimath abwesenden und daher wahrscheinlich zu den Räuberbanden gehörigen Personen. Nach diesem Nachweis sollen alsdann die Verdächtigen in einer überall zu veröffentlichen Liste für vogelfrei erklärt werden. Zugleich sollen mobile Kolonnen die Provinz nach allen Richtungen durchstreifen. Während der Operationen ist der Besuch der Felder untersagt; die Pachtböfe müssen geschlossen und von Lebensmitteln oder Fourage geräumt sein. Niemand darf ohne eine täglich einzuholende Erlaubniß seine Stadt oder sein Dorf verlassen; es ist ausdrücklich verboten, Lebensmittel mit hinauszunehmen. Die Spione, die Mitschuldigen und überhaupt Alle, welche mit der Bande in irgend einer Verbindung stehen könnten, sollen verhaftet werden. Mit diesen Maaßregeln, welche übrigens von denen des früheren Präfecten del Giudice nur wenig abweichen, gedenkt de Ferrari das Vandemwesen mit Stumpf und Stiel auszurotten. Die „Italia“ erklärt solche Mittel wie den ganzen Belagerungszustand für ganz unzulänglich. Der Hyder des Brigantenwehens, sagt sie, muß der Hauptkopf abgeschlagen werden, und der ist in Rom. Ganz lösch kann man den Brand nicht, so lange er sich noch immer wieder aufs Neue an dem Herde entzündet kann, den Franz II. und seine Schildträger in Rom schüren.

— [Ein Protest Franz II.] Die „A. Z.“ veröffentlicht die Protestation König Franz II. gegen die Anerkennung des Königreichs Italien von Seite Preußens. Dieselbe ist aus Rom, 2. Juli, datirt, an den Fürsten Carini in Berlin gerichtet und lautet: „Die uns aus Berlin zukommenden Nachrichten lassen die Anerkennung des von dem König von Sardinien angenommenen Titels eines Königs von Italien, wenn nicht als demnachst bevorstehend, dennoch als sehr wahrscheinlich erscheinen. Wenn dieser Titel nur eine leere Formel wäre, wie alle jene, die man noch in der Bezeichnung der königlichen Häuser beibehält, so würde der König unser Herr darin nur eine unbedeutende Gefälligkeit der preussischen Regierung sehen, die weder Grund zu Bemerkungen, noch zu irgend einer Klage gäbe. Wenn man aber diesen Titel als Symbol der Verletzung aller Verträge annimmt, als Symbol der offenbarsten Rechtsverletzung, der Verraubung der von dem allgemeinen europäischen Gesetz garantierten Souveränität, der Urtupation unabhängiger Staaten, die mehrere Jahrhunderte lang allen Wechselfällen der Zeit trosteten und die vollständigste Unabhängigkeit bewahrten, dann kann unser erhabener Souverän Se. Maj. der König nicht begreifen, wie eine so achtungswerthe Regierung, wie die Sr. Maj. des Königs von Preußen, in irgend einer Weise solche Attentate sanktioniren mag, und über die Ereignisse, die seit zwei Jahren in Italien sich begeben, so sehr ihre Ansicht und Meinung ändern kann. Se. Maj. der König hält es nicht für schicklich, über die Folgen eines solchen Schritts für alle Regierungen Betrachtungen anzustellen, über diese Art von Konzeption, welche einer Revolution gemacht wird, die alle bestehenden Gewalten bedroht. Se. Majestät beschränkt sich darauf, Sie zu beauftragen, in seinem königlichen Namen gegen die Konsequenzen dieser Anerkennung von Seite Preußens, und gegen alles, was die Unabhängigkeit seiner Völker, seiner Rechte und jener seiner Dynastie beeinträchtigen könnte, zu protestiren; diese Rechte wird Se. Majestät sich stets unverlegt und unverkürzt für die Zukunft vorbehalten. Wollen Ew. Excellenz in diesem geeigneten Augenblick dem Herrn Minister des Auswärtigen den Inhalt dieser Depesche bekannt geben und ihm davon eine Abschrift behändigen. Der Minister v. Leopoldo del Re.“

Portugal.

Lissabon, 6. Okt. Die Hochzeitsfestlichkeiten haben begonnen, das Volk giebt die höchste Begeisterung kund. Den politischen Gefangenen ist Amnestie gewährt.

Rußland und Polen.

o Aus Rußland, 2. Okt. [Eisenbahnunfall; deutsche Zeitschriften; Messe; Verschiedenes.] Ueber den Unfall auf der Moskau-Nischegoroder Eisenbahn theilt ein Augenzeuger folgendes mit: Am 3./15. September fuhr das Kiewische Grenadierregiment, König der Niederlande, von Kownow ab. Etwa 58 Werst von Moskau geriethen zwei Plattformen, auf denen sich das Eigenthum des Regiments befand, in Brand. Die brennenden Plattformen — die 3. und 5. von der Lokomotive — wurden zwar sofort abgelenkt und der Zug zum Stehen gebracht; allein dieselben standen bereits in hellen Flammen und es gelang nur die Regimentskaffe zu retten, während alles Uebrige verbrannte. Das Regiment verlor dabei die Regimentskirchengeräthe, den Lazareth, fouragewagen, viele Gewehre, die neuen Tornister und Mantelbezüge, einen Theil des neuen Lederzeugs und sämmtliches Schlosser- und Tischlerhand-

der alle Gebrechen, die sich bekanntlich viel leichter fortpflanzen und mittheilen als die Vorzüge, geerbt hat und sich redlich bemüht, diese Erbschaft zu verwerthen. Nur a u s g ew ä h l t e Geister sind die Träger, die Reformatoren der Zeit, ihnen ist es gegeben, die passive Rolle des Ambos mit der aktiven des Hammers zu vertauschen. — Die Menge ergötzt sich ja so sehr leicht an allerhand modernem Façenthum und ist nur allzu geneigt, die Schale für den Kern zu nehmen. Es fällt uns bei diesen Expektorationen durchaus nicht ein, ein Damnaturo darüber auszusprechen, daß das Ringen und Streben der Neuzeit abgespiegelt wird in den Lebensbildern, welche sich auf den weltbedeutenden Brettern entrollen, der Lebende, das Bestehende, hat bekanntlich immer recht, und schließlich soll ja die Bühne das Leben wiedergeben, befinde es sich nun auch in irgend einer etwas unnormalen Phase; wir tabeln nur, daß die Neuzeit in allen ihren Erzeugnissen gar zu große Neigung verräth, nicht Charaktere zu zeichnen, sondern solche dem Leben anzudichten. „Anempfin der“ nennt Göthe im Wilhelm Meister einen Menschen, der so blasirt ist, daß sein Herz schon gar keine eigenen Gefühle, sein Kopf keinen eigenen Gedanken mehr hat, der Alles sich oktroyiren läßt, kurz jede Empfindung erst dann fühlt, wenn sie ihm eindringlichst vorgemacht, ihm anempfundener ist. Der große Altmeister deutscher Dichtung hat damals, als er das schrieb, gewiß nicht geahnt, daß er mit dem von ihm erfundenen Worte einen großen Theil des nach ihm kommenden Geschlechts bezeichne. Leider, leider haben sich gar so viele seiner unwürdigen dichterischen Epigonen dazu hergegeben, die Leute zu Anempfindern zu machen; sie haben nicht bedacht, daß sie dadurch der Blasirtheit, die ohnehin schon ohne unser Gebot und mehr und mehr zur Herrschaft kommt, alle Thüren und Thore öffneten. In mehr oder weniger geistreichen Floskeln wird irgend ein Charakter, eine Situation hingestellt, das wird dann, der größeren Schmachthaftigkeit wegen, mit obligater melodioser Koppelzuthat genossen und — meistens nicht nur überaus schmackhaft, sondern allerliebft gefunden.

Das ist eben der große Unterschied zwischen Jetzt und Einst. Jetzt zeichnet man, meistentheils wenigstens, nach der Einbildung, sonst saß

das Leben selber als Modell, wie man denn überhaupt heutzutage das Leben träumt, welches man früher lebte. Selbstverständlich ist das Gefühlsleben damit gemeint.

Rosenmüller und Fink, Töpfers niedliches Lustspiel, an dem man erst dann sich so ganz aus Herzensgrunde erfreuen kann, wenn man es in trefflicher Darstellung gesehen, hat uns zu der vorstehenden kleinen Exkursion bewogen. Es gehört der Periode vor 1848 an, welches Jahr überhaupt in jeglichem künstlerischen und namentlich literarischen Streben eine Uebergangsstation bezeichnet. Hier haben wir noch eins jener Lustspiele aus der „alten guten“ Zeit; die Politik, jetzt stets, und oft an den Haaren, in das Bereich der Bühnendichtung gezogen, fehlt ganz; wir haben es mit einfachen wirklich vorkommenden Charakteren zu thun. Die Menschen, die wir hier sehen, können nicht nur im Leben vorkommen, sondern kommen wirklich vor. Es ist dabei eine recht hausbackene Welt in welcher das Stück sich bewegt: die Geschickswelt. Wer wollte leugnen, daß die gezeichneten Figuren, diese wandernden kaufmännischen Rechenexempel, verdorchten Zahlenmenschen, personificirten Aktienpekulationen, Börsenkünste mit Fleisch und Bein, nicht wirklich nach dem Leben kopirt sind, ebenso wie die Handdegengestalt des Hauptmanns Bloom und die trockene, sarkastisch-geschäftsmäßige Krämerseele des Buchhalters Hillermann? Und die Situationen, so lustig und ausgelassen sie auch sein mögen, besonders da, wo kaufmännische Schlaubeit gegen kaufmännische Schlaubeit operirt; wer möchte ihre Naturwahrheit bestreiten; wer hätte nicht schon von Aehnlichem gehört und gelesen? Es fällt uns nicht ein, wie es vielleicht den Anschein haben möchte, das gestern gesehene Lustspiel als ein Meisterwerk ersten Ranges hinzustellen, aber es war uns Bedürfniß der hübschen Arbeit einen treulichen Willkommensgruß auf unsrer Bühne zuzurufen.

Wir kommen jetzt auf das Spiel selber. Unsere Bühnenkünstler und Künstlerinnen werden, eingedenk der alten Wahrheit, daß der erste Eindruck der entscheidende und in der Regel bleibende ist, gewiß auch gestern mit redlichstem Fleiße bemüht gewesen sein, so viel an ihnen war ihren Rollen gerecht zu werden. Wir nehmen also im Voraus an, daß

werkzeug. Fast die ganze Privathabe der 5. Kompagnie, die Kompagnieökonomie und das ganze Eigenthum mehrerer Offiziere des Geistlichen und des Staatsarztes gingen verloren. Ob das Feuer durch Reibung nicht gut geschmierter Achsen oder durch Einfliegen von Funken in die durchlöcherter gewesene Decke von Wachsleinwand entstanden, ist nicht ermittelt. — In Dorpat wurden zwei neue deutsche Zeitschriften zur Wahrnehmung der Interessen des Deutschthums in den Baltischen Provinzen angekündigt, jedoch am wirklichen Erscheinen — aus welchem Grunde? ist nicht bekannt! — behindert. — Aus Jakobstadt, in Kurland, gehen befriedigende Nachrichten über den Ausfall der Winterernte, doch aber sehr traurige in Bezug auf den Ertrag der Heuernte ein. — Ueber den Ausfall der großen Messe zu Nischi-Nowgorod wird berichtet, daß der kladtsche Thee sehr guten Absatz gehabt, während man nach Kantonschen Thee fast gar nicht gefragt habe. Zucker und Wollewaaren gingen gut, Seidenwaaren und theurer Stoff dagegen sehr schlecht ab.

Der Schaden, welcher durch die im Dezember und Februar in dem ostibirischen Gebiet stattgehabten Erdererschütterungen angerichtet worden, ist sehr groß. Am beträchtlichsten haben die Kudadrinskischen Burjäten gelitten, wo gegen 380 Familien ihre Häuser, Geräthe und andere Habe verloren. Der Schaden in diesem Bezirk soll sich gegen 1 1/2 Rubel Silber belaufen. — Aus Nowgorod wird dem „Wort der Gegend.“ geschrieben, daß eine Menge Spekulationen auf die Beutel der erwarteten Gäste angelegt worden seien, und daß unter diesen besonders die enormen Preise, welche man stellenweise für Wohnungen verlangt, viel der Schaupluste vom Besuch der Feststadt abgehalten haben. Während man z. B. in den Gasthäusern schon den unerhörten Preis von 20—30 R.-S. für ein Zimmer auf einen Tag, also 140—200 R.-S. für die Woche forderte, schämten sich einige Privatpersonen — darunter selbst vornehme Leute — nicht, für den Tag 70—80 R.-S., also 450—560 R.-S. für eine Woche zu verlangen. Auch die Pächter der Brauntweinbuden machten gute Geschäfte und haben selbst einer Art Fusel den Namen tausendjähriger Liqueur beigelegt; ein Witzblatt bemerkte, die Tausende tausendjährigen Liqueurs sei in der Art gegeben, daß man zu 1000 Eimer Wasser 1 Eimer Spiritus gemischt habe. — In der Privatfabrik des Herrn Baird zu Petersburg ist eine Dampfmaschine von 800 Pferdekraft für die Fregatte Dmitri-Donskoj bestimmt, erbaut worden. Dies ist die erste derartige große Dampfmaschine, welche in Rußland selbst gefertigt worden, dieselbe soll sehr gut gearbeitet sein. — In Kronstadt baut man jetzt mehrere neue Docks von 500 Fuß Länge und 100 Fuß Breite in der Höhe des gewöhnlichen Wasserstandes.

Warschau, 6. Oktober. [Bevorstehende Reorganisation des Zollwesens; Belohnung; Ernennung; die Stellung der Juden; Militärisches; Personalien; Annestirungen.] Eine von denen in der Rede bei der Eröffnung der Versammlung des Allgemeinen Staatsraths vom Großfürsten Statthalter erwähnten Finanzmaßregeln, welche demnächst zu erwarten stehen, ist die Reorganisation des Zollwesens und dessen Ablösung vom Finanz-Departement in Petersburg, dem bisher sämtliche hiesigen Grenz- und inneren Zollbeamten, die größtentheils Russen, untergeordnet waren, daher auch in russischer Sprache Alles, sowohl bei dem hiesigen, als den anderen Zollämtern, expedirt wurde. Die in der obengedachten Rede ausgesprochene größere Selbstständigkeit des Königreichs Polen erfordert die Ablösung des polnischen Zollwesens von dem des russischen, und wie man sagt, soll die Erhebung der Zolleinnahme pro rata erfolgen, das Personal der Beamten sehr vermindert und künftig nur die polnische Sprache gebraucht werden. — Dem Revier-Polizeiaufseher, welchen der jüdische Kunstschüler Sochaczewski bei dessen Gefangennehmung wegen der bei ihm gefundenen Anzahl Pistolen und Dolche so schwer verwundete, daß man ihn todt sagte, hat der Statthalter eine Belohnung von 200 Rubeln Silber auszahlen lassen. Der Sochaczewski sitzt noch in der Citadelle. — Der Geheimrath und Senator Platonow ist zum Staats-Sekretär des Königreichs Polen in Petersburg ernannt. Herr v. Platonow war längere Zeit hier Chef der diplomatischen Kanzlei und hat binnen wenigen Jahren eine glänzende Karriere gemacht. — Die verschiedenen Deklarationen des Juden-Emancipationsgesetzes dehnen die Berechtigungen der Jraeliten immer mehr aus. Einer der letzten zufolge können die Juden nun auch Apotheker werden und Apotheken erwerben. — Am 3. d. traf hier abermals ein Garde-regiment aus Petersburg ein und wurde vom Großfürsten an der Spitze eines zahlreichen Gefolges unweit des Prager Bahnhofes empfangen. Die Begrüßung des Großfürsten wurde von dem Regiment durch wiederholte begeisterte Hurrahs erwidert. — Graf Lüders ist aus dem Auslande, General Fürst Bibikow und Heimeine Nath Fürst Bibikow, Oberstallmeister des Großfürsten Statthalters, so wie Kontre-Admiral Wo-

jewodski, Chef des Marine-Bau-Departements, sind von Petersburg angekommen. — Unsere öffentlichen Blätter enthalten fast täglich Anmerkungen früherer Emigranten und von den Ausgewanderten älteren Datums dürften kaum mehr Viele fehlen. (N. P. Z.)

[Die Rekrutur; vom Theater; Verurtheilung.] Im russischen Kaiserreich wird bekanntlich jetzt wieder eine Rekrutenaushebung stattfinden. Allgemein war man daher gespannt, ob und unter welchen Verhältnissen dieselbe in Polen werde vorgenommen werden. Bisher wurden im Königreich verhältnißmäßig 50 Prozent weniger ausgehoben, als im Kaiserreich, und trotzdem wurde die Konfiskation immer als eine der größten Landplagen angesehen. Die lange Dienstzeit (früher 14, jetzt 11 Jahre) machte dieselbe zu einem der gefürchtetsten Ereignisse; wird doch die Einstellung ins Militär hier fast als eine Trennung auf Nimmerwiedersehen betrachtet. Heute ist nun der betreffende Erlaß für Polen erschienen. Es heißt darin: da in Betracht der von Amtswegen befohlenen Grundzinsabschägung eine radikale Aenderung der Verhältnisse zwischen den Grundbesitzern und der Landbevölkerung eingetreten ist, so haben dieselben ein Anrecht auf Befreiung von der Konfiskation, weil eine allgemeine Aushebung der Regulirung dieser Verhältnisse hemmend in den Weg treten könnte. Dieselbe wird daher noch verschoben und statt der projektirten Ziehung durchs Loos wird eine dazu vom Administrationsrath einzuziehende Behörde Listen mit namentlicher Bezeichnung der der Aushebung unterliegenden jungen Männer anfertigen. Von selbst versteht es sich, daß eben bei der Anlegung dieser Listen Personen, die von den jetzigen Reformen betroffen werden, und dadurch ein Anrecht auf Befreiung von der Konfiskation haben, auch darin werden berücksichtigt werden. Als befreit von der diesmaligen Aushebung werden in diesem Erlasse folgende Kategorien erwähnt: Gutsbesitzer, Besitzer von sogenannten Kolonien, Hofgesinde (Knechte), das nur zum Ackerbau verwendet wird. Der Aushebung unterliegen dagegen: Pächter, Wirtschaftsbeamte, Besitzer von schon in früheren Zeiten abgelösten Kolonien und die ganze den drei oben genannten Kategorien nicht angehörige Landbevölkerung. Die städtische Bevölkerung unterliegt ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses der Konfiskation nach einem erst später zu bestimmenden Prozentsatze. Ferner wird dem Administrationsrath das Recht erteilt, gewisse Verordnungen über Befreiung von der Konfiskation für die diesmalige Rekrutur aufzuheben und gewisse in dem Gesetze über die Rekrutur enthaltene Bestimmungen zu modifiziren. — Vom hiesigen Theaterpersonal sind 34 Personen entlassen worden. Die früheren Intendanten mögen wohl bei Anstellungen etwas zu splendid gewesen sein. Unter den Entlassenen befindet sich die Tänzerin Anna Strauß, ein Mitglied des Warschauer Publikums, die Sängerin Nivoli, die Kapellmeister Koszniecki und Belsche. — Drei Offiziere, die noch zu Zeiten der Statthalterchaft des Grafen Lüders im Lager von Bomastki bei Warschau einen Trauergottesdienst für die in Modlin wegen politischer Vergehen und wegen Aufreißung der Soldaten zur Weidere Kriegsräthlich erschossenen Offiziere abhalten ließen, sind nunmehr durch Kriegsministerialbefehl kassirt worden. (Schl. 3.)

Warschau, 6. Okt. Gestern sind die beiden letzten Abtheilungen der Hauptschule, die medizinische und die philologisch-historische in Gegenwart der Dekane der Fakultäten eröffnet worden. — Die Aufnahme der Zöglinge in die Hauptschule hat mit dem 1. d. Mts. begonnen.

Tiflis, 20. September. [Prinz Albrecht von Preußen] kam heute mit Gefolge in einer langen Reihe Wagen, gefolgt von Kofaken, von der Linie des Terek hier an und stieg in dem Hotel der russischen diplomatischen Kanzlei in den für ihn bereit gehaltenen Gemächern ab, woselbst ihm die höchsten Behörden vom Civil und Militär sofort die Aufwartung machten. Der Prinz hat auf der Herreise über Galatz, Odessa und Nowotscherkassk von Wladislawsk auf der Militärstraße, welche jetzt im Neubau begriffen ist, bereits den fertig gewordenen Theil befahren und wird nun die südlichen Provinzen Transkaukasiens besuchen.

Türkei.

Kagusa, 7. Okt. [Ausfall; Revolue.] In Banjani sind einige Türken ermordet worden. Bufalovich gelang es, den Aufstand zu unterdrücken. — In Podgoriza hat eine große Revue der türkischen Armee stattgefunden; dabei ward der Dank des Sultans verkündet und Dekorationen vertheilt.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Der Bericht der Budgetkommission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats für 1862 ist heute ausgegeben. Wir entnehmen dem sehr umfassenden Aktenstück heute nur, daß die Kommission die erheblichsten Bedenken hegt, dem Herrenhaufe die Annahme des Gesetzesentwurfs über die Feststellung des Staatshaushaltsetats pro 1862, wo derselbe aus den Beschlüssen des anderen Hauses hervorgegangen ist, zu empfehlen. Diese Bedenken findet sie: 1) in der Streichung der im Jahre 1862 für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft geleisteten Ausgaben, und in der Verlagerung der nachträglichen Genehmigung derselben; 2) in der Bezeichnung der bei Tit. 1. Nr. 11 des Etats des Büreaus des Staatsministeriums für einen Direktor des literarischen Büreaus und den dabei beschäftigten Kanzlei-Sekretär bestimmten 1800 Thlr. als künftig wegfällig; 3) in der Abhebung von 15,000 Thlrn. bei Tit. 6 des Hauptetats Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke; 4) in der Verwanderung des Extraordinariums des Finanzministeriums (Haupt-Extraordinarium der General-Staats-

kasse) in einen Reservefonds zu umhergeleiteten, außeretatsmäßigen Ausgaben, über welchen der Finanzminister vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung der Landesvertretung verfügen kann; 5) in der Abhebung des bei Tit. 20 des Etats des Ministeriums des Innern ausgeworfenen Gehalts eines Brigadiers der Landgendarmarie für die Zeit vom 1. Juli d. J. bis zum 31. Dezember 1862, so wie in der Bezeichnung der Gehälter der Landgendarmarie-Brigadiers in dem Etat für 1862 als künftig wegfällig; 6) in der Abhebung von 5000 Thlrn. bei dem Tit. 19 der Ausgabe im Etat des Ministeriums des Innern als geheimer Fonds bezeichneten 35,000 Thlrn.; 7) in der Abhebung von 400 Thlrn. bei Tit. 1 des Etats der Marineverwaltung (Besoldungen, Position 1—4) von dem Gehalte des Departementsdirektors.

Die Kommission empfiehlt hiernach dem Herrenhaufe, zu beschließen: daß es seinerseits diese Bedenken anerkenne und den Präsidenten des Hauses ermächtige, hierüber eine Mittheilung an das Haus der Abgeordneten zum Zwecke der Ermittlung gelangen zu lassen, ob in Folge nachmaliger Ermüdung von Seiten jenes Hauses diese der Annahme des Staatshaushaltsetats für 1862 zur Zeit entgegenstehenden Bedenken beseitigt werden können, und um durch eine nähere Aufklärung über die Bedeutung des von dem Abgeordnetenhaufe wegen Streichung der in das Extraordinarium gebrachten Ausgaben des Herrenhauses in den Stand zu setzen, über die Annahme oder Verwerfung des Staatshaushaltsetats für 1862 in vollständiger Kenntniß der Sachlage zu beschließen.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 9. Okt. [63. Sitzung], Vormittags um 10 Uhr 20 Min. vom Präsidenten Hr. Grabow eröffnet. Am Ministerische: General v. Roon, Regierungs-Kommissarien des Marine- und Finanzministeriums, 50 Mitglieder sind heurlaubt. Ein Schreiben des interimistischen Ministerpräsidenten theilt mit, daß der König mittelst Allerhöchster Kabinettsordre vom heutigen Tage die Minister Graf Bernstorff und v. Polzbrink auf ihr Ansuchen aus ihren Aemtern entlassen, Hr. v. Bismarck zum definitiven Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt, den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Grafen Zeynplig, mit der einstweiligen oberen Leitung des Handelsministeriums beauftragt. (S. Tel. in der gestr. Stg.)

Das Haus fährt in der Beratung des Berichts der 14. Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend die außerordentlichen Bedürfnisse der Marineverwaltung für das Jahr 1862 fort. Es beginnt auf den Antrag des Abg. v. Forckenbeck die Specialdiskussion mit dem §. 2, also lautend: „Die Mittel zur Deckung dieser Ausgabe (§. 1) sind „vorschußweise“ aus dem Staatsschatz zu nehmen“ — und über das Amendement, welches der Abg. v. Koepell (Danzig) jetzt vertheidigt. Das Amendement lautet: „Statt §. 1 und 2 zu setzen: §. 1. Der Kriegs- und Marine-Minister ist ermächtigt, zur Beschaffung von 3 Panzerbooten 600,000 Thlr. als erste Rate zu verwenden. Die Mittel zur Deckung dieser Ausgabe, wie der zweiten und dritten Rate von je 600,000 Thlr. sind aus dem Staatsschatz zu entnehmen.“ — Abg. v. Reichenheim weiß nicht, ob die Frage, die der Minister gestern noch für eine offene erklärt hat, heute für eine geschlossene erklärt wird. Er sei für die Streichung des Wortes „vorschußweise“ und wünsche, ehe er sich über das Amendement ausdrückt, daß die Regierung sich darüber erkläre. — Abg. Immanuel erklärt sich für das Amendement. — Der Finanzminister: Zu dem, was er gestern geäußert, wisse er heute nichts hinzuzufügen. Seine Erklärung sei frei, unumwunden, deutlich, erschöpfend gemeint. Das Novum, daß etwas Weitergehendes bewilligt werden soll, betreffend, lehne die Regierung die Bestimmung über die Gelder über das hinaus, was sie gefordert hat, ab. Sie habe noch nicht ausgesprochen, daß sie neue Steuern oder eine Anleihe vorschlagen wolle. Die Beschaffung der Mittel werde sie noch erwägen. — Der Marine-Minister: Ich glaube, daß die ausgesprochene Befürchtung gegen eine fernere Forderung nicht begründet ist. Wenn man glaubt, daß die Regierung ein Unterpfand für weitere Bewilligung in den 600,000 Thln. verlange, so sei dies doch nicht zutreffend. Wir müßten weiter, wir werden mehr als 3 Panzerboote beschaffen und dann werden mehr als 1,200,000 Thlr. begehrt werden. Es ist also kein Anlaß, diese Summe schon jetzt aus dem Staatsschatz zu nehmen. Der Finanzminister hat gewiß gegründete Bedenken gegen eine solche Schwächung des Staatsschatzes. Notwendig sind neue Steuern nicht; das ist eine offene Frage.

Abg. Koepell (Danzig) zieht in Folge dieser Erklärung sein Amendement zurück. Der Abg. Stavenhagen nimmt es wieder auf. — Abg. Schulze (Berlin): Die Frage sei sehr mißlich, man solle sehr bedeutende Finanzbewilligungen einleiten; auf der andern Seite müsse man wissen, wie die Regierung mit ihren Finanzoperationen bei dem Konflikt vorzugehen denkt. Trotzdem sei, zum Zeichen von Bereitwilligkeit, das Amendement gestellt worden. Aber unter keiner Bedingung könne man großen Verpflichtungen zustimmen. Man werde immer sachlich und nicht nach persönlichen Stimmungen verfahren. Beginne man den Bau, so müsse man auch die Summe zum Fortbau gewähren, denn man könne nicht das Ausgehobene opfern. Ja gewiß, ganz Deutschland sieht auf Preußen, und das preussische Schwert wird Deutschland schützen; aber so lange die preussische Regierung nicht im Innern seine Zustände geregelt hat, werden Preußen die Sympathien fehlen. In Frankreich mag man das Volk mit der gloire abfinden, das deutsche Volk will eine Entwidlung seiner Kräfte, aber auf Grund seines Rechts. — Abg. Stavenhagen zweifelt nicht, daß die Entwidlung der Marine auch auf der linken Seite des Hauses Sympathien hat, und er hat sich über das Amendement gestrennt. Ich begreife nicht, was für einen Einfluß die Erklärungen der Regierung auf dieses Amendement haben sollen. Will die Regierung das, was wir bieten, nicht, so mag sie dafür die Verantwortlichkeit übernehmen. Für das Haus handle es sich um die Ehre des Vaterlandes. — Abg. Twesten ist gegen den zweiten Theil des Amendements, und er meint, der Finanzminister habe Recht, dies Anerbieten abzulehnen. Im nächsten Jahre könne man ja Ueberflüsse haben, wozu solle man da jetzt schon bestimmen, das Geld solle aus dem Staatsschatz entnommen werden.

Abg. Birchow: Nachdem die Regierung sich gegen das Amendement

wir es mit ernststrebenden Schauspielern zu thun haben; es wird sich ja später herausstellen, ob diese Annahme gerechtfertigt war oder nicht.

Um dem Vorwurf des Mangels an Galanterie überhoben zu sein, fangen wir bei den Damen an. Fräulein Frenzel gab die Kosamunde, jene Rolle, die so feck und frisch ist, daß sie bei manchen Bühnen in die Hände der Soubrette gelegt wird. Gerade dieser frische Ton macht eine Würdigung der ersten Liebhaberin bei ihrem ersten Auftreten schwer; ihr Feld ist ein sehr ausgebeutetes und in einigen Grenzmarken dieses Feldes ist sie möglicherweise nicht so zu Hause, wie in anderen. So wollte uns bedünken, daß die Kosamunde bedeutend lebendiger, schallhafter, ungebundener gegeben werden muß, um das Bild dieser „Emancipirten in der Provinzialstadt“ so recht naturgetreu zu machen. Kosamunde ist eine Art Grille in Goldschnitt-Ausgabe; sie singt und tanzt fortwährend, ist stets ausgelassen und hat keine Schen vor den Würden dieser Welt. Wie gesagt, wir glauben, daß Fräulein Frenzel gestern nicht so ganz in ihrem Rollenfache war. Das Organ der Dame ist ein sonorer Alt, der sich anfänglich in dem auffallend leeren, also das Schallen beginnigenden Hause nicht so recht verständlich machen konnte; das legte sich später allerdings. Die Künstlerin versteht im Uebrigen sehr gut Toilette zu machen und weiß, was hübsch aussieht.

Fräulein Hartmann hatte einen ihrer guten Tage; wir dürften wohl Recht gehabt haben, als wir in der Sommersaison der Dame riethen, unbedingt mehr das naive-fröhliche als das weinerlich-sentimentale Fach zu kultiviren! Sie gab die Rolle der Ulrike ganz zufriedenstellend.

Frl. Szupanska nun ist die junge Dame, deren erstes Debit als Schauspielerin in den Schluß der Sommersaison fiel. Wir sahen sie gestern zum ersten Male und hoffen, daß die Rathschläge einer vorurtheilsfreien Kritik nicht ungehört verhallen werden. Die Dame war durchaus nicht steif und eckig, wie sonst wohl Anfängerinnen sind, aber in ihrem Organe lag etwas hartes, nicht wohlthuendes, das auch bei ihr, und diesmal ohne Einwirkung des Schallens, das Verständnis beeinträchtigte. Der Grund hierfür ist höchst erklärlicher Art: die Dame versuchte beim

Sprechen ihre kleinen Zähne mehr auseinander zu bringen — und mit der Zeit wird sich der störende Fehler ganz verlieren.

Unter den Herren lernten wir einige sehr brave Künstler in den Herren Dalatjewitsch (Gustav) und Brandt kennen. Der Erstere trug durch sein lebendiges Spiel sehr viel zur humoristischen Entwicklung und Durchführung des Ganzen bei, während Herr Brandt die Krone des Abends davontrug. Wer den trefflichen Klager als Großkaufmann Bloom gesehen hat, wird kaum einen Unterschied in der Auffassung und Durchführung dieser Rolle zwischen Klager und Herrn Brandt finden. Die Nuancirungen traten scharf und dabei doch fein zu Tage, und eine treffliche Mimik trug zur drastischen Wirkung das Ihre bei. Ein kleines Kabinetstückchen war die Schlussscene des dritten Aktes, welche Herrn Brandt und Hr. Bethge l., unsern alten Bekannten vom Sommer her, den verdienten Hervorruf brachte. Auch der Direktor unserer Schaubühne, Herr Keller, kehrte einmal zum aktiven Histrionenthum zurück. Rollen, wie den Oberst Berg in den „Journalisten“, den Lindenwirth im „Vorle“, und den Hauptmann Bloom in „Rosenmüller und Finke“, sind und bleiben einmal die Leibstücken Herrn Kellers, der wohl weiß, daß er dadurch prächtige Leistungen bietet. Unser Bassbuffo, Herr Schön, gab den Buchhalter Hillermann trocken und malicös; die Malice hätte jedoch vielleicht noch ein wenig hämischer sein können.

Jedenfalls füllte die gestrige Eröffnungsvorstellung den Abend in heiterer, genußreicher Weise aus. Das kleine Auditorium wird den Besuch des Theaters nicht bereut haben.

Dr. Heinrich Mahler.

Kleinere Mittheilungen.

* Todesfälle aus der Literatur- und Kunstwelt. Die Pariser „Temps“ meldet den Tod des bekannten Orientalisten und Begründers der namensichen Studien in Europa, des apostolischen Vikars von Siam und Bischofs von Mallos, D. J. B. Pallegoix. Am 28. Oktober 1862 zu Combertault bei Beaune geboren, im Seminar für die fremden Missionen erzogen, wurde er 1830 als Missionar nach Siam geschickt und zeichnete sich so aus, daß er schon 1838 das Vikariat darüber erhielt. Durch das Vertrauen, welches ihm der König Pka-Paramendit Wala-Mongkut idente

und dem Bischof bis zu dessen Tode bewahrte, ward der französische Einfluß in Siam dem englischen überlegen. Von dem Verstorbenen erschien zu Bangkok eine Grammatik der Thai-Sprache, dann später in zwei Bänden eine Beschreibung des Königreichs Siam und endlich ein auf Kosten des Staats gedrucktes großes namensich-lateinisch-französisch-englisches Wörterbuch. — Am 10. Sept. starb in Kassel der Maler August von der Em bde. Seit geraumer Zeit schon von der Arbeit ausruhend, war er in seinen jungen Jahren der eigentliche Maler des hessischen Volkslebens. Er zuerst machte Tracht und Art von Schwall und Lahn und zugleich die Schönheit der Mädchen und Kinder des Landes durch tief empfundene Darstellungen in weiten Kreisen bekannt. — Zu Wien starb eine im dortigen Bühnenleben sehr bekannte und auch beim Publikum sehr populär gewordene Persönlichkeit, der Schauspieler A. Barry. Er gehörte früher zu den bedeutendsten Komikern aus der Raimund'schen Schule. Den Valentin im „Verhewender“ z. B. dirrte der Autor des Stückes selber kaum besser gegeben haben, und dessen ganze und volle Persönlichkeit brachte er in Gernars Lebensbilde: „Ferdinand Raimund“ auf eine meisterliche, Zug für Zug aufs ähnlichste kopirende Weise zur Erscheinung. Barry hat für diese Leistung die meisten Triumphe in Wien selbst und in Pestreich geerntet, jedoch auch auf einer Gastspielreise durch Norddeutschland begleitete ihn allenthalben der größte Beifall. Der plötzlich Verstorbenen war übrigens nicht bloß als Darsteller trefflich und originell, sondern auch sonst ein vielfach und namentlich künstlerisch gebildeter Mann. Seine artistische Direction der Festsberger, sowie diejenige von zwei Wiener Vorstadttheatern hat das bewiesen. Auch einige effektvolle Volksstücke, wie z. B. „Treffkönnig“, giebt es von seiner Hand. — In den letzten Jahren leitete er in der Kaiserstadt eine sogenannte „Vierpielhalle“; er war der Erste, welcher die französische Sitte der Cafes chantans in Wien einführte, und ist dadurch eben dort sehr populär geworden. Anfangs machten seine Unternehmungen die besten Geschäfte, doch erstand ihm bald verschiedene Konkurrenten, Barry mußte derselben endlich weichen und seine Gesellschaft auflösen. Er starb in großer Armuth und für seine Hinterbliebenen wird jetzt in Wien gesammelt werden. — In Karlsruhe starb ein wackeres und verdienstliches Mitglied des dortigen, unter Eduard Devrients Leitung so musterhaften Hofbühnen-Ensembles, der Schauspieler Mayerhofer, nachdem er erst vor kurzem noch sein 25jähriges Jubiläum gefeiert hatte.

Tristan und Isolde. Richard Wagner trifft Ende dieses Monats in Wien ein, um die Proben seiner Oper „Tristan und Isolde“ persönlich zu leiten. Dieselbe gelangt noch im Laufe dieses Jahres im Opernhause zur Aufführung, und hat der Komponist Mehreres an dem Werke geändert, was früher für die Partie des „Tenor“ unausführbar war.

erklärt, habe es keinen Sinn, dasselbe aufrecht zu erhalten. Nach der Art und Weise, wie der Kriegsminister vorgegangen, habe man das Amendement stellen müssen. Es handelte sich schon um eine Indemnitätsbill für geschlossene Dinge. Mit dem einfachen Streichen des Wortes „vorläufigweise“ hätte man dem Minister eine neue Handhabe, bona fide vorzugeben, gegeben. Erklärt die Regierung, das Amendement ablehnen zu müssen, so müsse das Haus die Ablehnung der Vorlage erklären und der Regierung es überlassen, später eine Indemnität zu fordern. Nur die feudale Partei stelle ihre Interessen über die Interessen des Staates und nicht die Fortschrittspartei. Die gestern vom Marineminister ausgesprochene Vermuthung müsse er also entschieden zurückweisen. — Abg. Schulze (Berlin): Die Regierung sei bereits im Vorgehen begriffen und mit der ersten Bewilligung bereit man sich Verlegenheiten. — Abg. Dr. Lette hält die gegen das Amendement vorgebrachten Bedenken für nicht genügend, um dasselbe abzulehnen. — Abg. Bunsen motiviert seine Abstimmung. — Abg. v. Vincke (Stargard): Vor lauter Formalismus verliere man die Sache aus den Augen. Man könne nicht schon jetzt Naten bewilligen, die erst im Jahre 1863 verausgabt werden können. Man könne noch gar nicht bestimmen, aus welchem Fonds die Summen nächstes Jahr genommen werden können. Er werde auch nicht den zweiten Theil des Amendements annehmen. — Abg. Virchow: Gebe man dem Minister einmal nach, daß er sich verpflichten kann, so werde sich das wiederholen.

Der Marineminister: In Betreff der eingegangenen Verbindlichkeiten, für welche er die Verantwortlichkeit übernommen, und von denen er gestern gesprochen, so bleibe er dabei, daß die Regierung moralisch und im Interesse des Ansehens Preußens gebunden ist. Jede Regierung, welche eine solche Verantwortlichkeit scheut, macht sich einer noch schwereren Verantwortlichkeit schuldig. — Abg. Lene (Salzwedel) will für das Amendement stimmen; Herr Reichenheim hätte sich mit einer an die Regierung gerichteten Verwahrung beruhigen können. — Abg. Reichenheim: Verwahrungen an die Regierung nützen nicht viel. Es sei keine Fremde, mit der Regierung in Opposition zu sein. Einem Kontrakte bedürfte es nicht, um verbindlich zu sein. Das Wort genüge u. s. w. (Redner spricht durchaus nicht zur Sache.) — Nach einigen Bemerkungen des Abg. Wachsmuth zur Geschäftsordnung und einer Replik des Regierungskommissars auf die Aeußerung des Abg. Reichenheim wird die Diskussion geschlossen. Das Wort vorläufigweise im §. 2 ist einstimmig gestrichen.

Das Haus geht zur Diskussion über Nr. 1 des §. 1, also lautend: „zur Fortsetzung begonnener Schiffsbauten 220,000 Thlr.“ über. — Der Referent unterzieht das Treiben auf den Werften einer eingehenden Kritik. (Redner ist unverständlich auf der Tribüne; im Hause herrscht Unruhe und Unanständigkeit.) — Der Regierungskommissar widerlegt einige Bemerkungen des Referenten, bezüglich der früheren angeblichen Holzkäufe, so sind diese weder 1861 noch 1862 beschafft worden. Der Maschinenbauanstalt ist nicht ein Kontrakt vorgezeichnet worden, sie hat ihre Bedingungen gestellt und dann ist der Kontrakt geschlossen worden. — Abg. Steinhardt: Man habe bereits viel gefragt, was für die 20 Millionen eigentlich gethan worden sei. Nachsicht mit den begangenen Fehlern fordere zur Vorsicht, um neue Fehler zu verhüten, auf. Zu einer Flotte gehöre vor Allem Personal, welches das Material gebraucht, wie es gewünscht wird. Es fehle ein Rekrutierungsgefeß. (Redner wird vom Präsidenten mit der Bitte unterbrochen, zu Pof. 1 zu sprechen.) Auf der „Thetis“ seien Matrosen mit Sieben traktirt worden, das sei gegen das Geßes. — Der Regierungskommissar: Vorredner hätte die Sache vollkommener darstellen sollen; Matrosen in der 2. Klasse bekommen ebenogut Prügel, wie Soldaten 2. Klasse. Das Matrosen erster Klasse Prügel bekommen haben, müsse er entscheiden bestreiten. Die Bewilligung liege im wesentlichsten Interesse der Marine, um Holz in großartigem Maßstabe anzukaufen zu können. — Abg. Steinhardt: Der Regierungskommissar befindet sich im Irrthum; die Soldaten 2. Klasse sind nicht mit Prügel zu bestrafen. — Abg. Reichenheim: In den Motiven spreche die Regierung von der Fortsetzung von Schiffsbauten, heute habe die Regierung nur von Holzankäufen gesprochen; das vereine sich nicht.

Zu Nr. 2, zur Beschaffung von Uebungsschiffen 200,000 Thlr. nimmt das Wort der Marineminister: Er weiß sehr wohl, daß die verfassungsmäßige Bewilligung für die Summe von der Landesvertretung zu fordern war. Er sucht hiernit die Indemnität nachträglich und ausdrücklich nach. (Bravo rechts.) Es bilden sich Gruppen, lebhaft Unterhandlungen der verschiedenen Fraktionen finden statt und der nachfolgende Redner Dr. Koch bleibt vollkommen unverständlich. — Abg. Virchow: In dem Nachhinein der Indemnität seitens des Ministeriums sei ein sehr erfreulicher Schritt auf dem Wege unserer konstitutionellen Entwicklung zu sehen. Auf diese Erklärung hin könne man aber noch nicht die Fortsetzung bewilligen. Es seien allerhand üble Gerüchte über den Zustand der angekauften Schiffe den Mitgliedern der Kommission zugegangen und er beantrage nunmehr die Zurückweisung des Geßes in die Kommission zu materieller Prüfung der Fortsetzung. — Dieser Antrag wird ausreichend unterfütigt. — Abg. Stavenhagen sieht den Zweck dieses Antrages nicht ein. Er habe die Nothwendigkeit der Ankäufe nie bezweifelt, und wenn jetzt die Regierung die Indemnität nachsucht, so wisse er nicht, was die Kommission noch machen solle. — Abg. v. Vincke (Stargard): Die Annahme wäre ein Mißtrauen gegen die Kommission. Der Abgeordnete für Saarbrück wolle seine Aneignung, auf die Indemnität einzugehen, nur durch nochmalige Prüfung in der Kommission verdeden. (Oh! Oh!) Der Patriotismus des Hauses erfordere die Ablehnung des Antrages. — Abg. Wachsmuth: Er könne sich bei der oberflächlichen Erklärung des Ministers nicht beruhigen. Der Minister könne nicht erwarten, daß das Haus glaube; die Abgeordneten seien da, um zu sehen und genau zu leben. Der Minister sei heute den verfassungsmäßigen Rechten des Hauses zum ersten Mal nahe getreten. Er werde gegen das Geßes stimmen; die Erklärung des Kriegsministers werde ihn bestimmen, für die Indemnität und für das Geßes zu stimmen. — Dem Abg. Hue ist ist der Antrag auf Zurückweisung in die Kommission weder notwendig noch nützlich. Die Indemnitätserklärung sei trotz der mangelhaften Form anzuerkennen. Das Haus werde zu zeigen haben, daß es mehr Gewicht auf die Sache, als auf die Form legt; in dieser Sache sei es aber schlüssig. Die preussische Flotte sei ein großes Gut, die Verfassung ein noch größeres. — Abg. Weinbauer: Bei aller freudigen Anerkennung der wichtigen Erklärung des Ministers müsse er doch dem Antrage des Abg. Virchow beitreten; die freudige Aufregung müsse einer befömmenen Prüfung erst Platz machen. — Abg. v. Vincke hat von Mangel an Patriotismus nicht gesprochen; jetzt könne nicht mehr gefehden, als schon gefehden. Von einer Rechnungslegung könne nicht die Rede sein. — Abg. Reichenperger (Biedum): Man ehrt sich wechselseitig, wenn man sich die Wahrheit sagt. Die Zurückweisung in die Kommission schein ihm untergeordnete Sache; die Antragsteller wollen nur eine Zurückverweisung in die Fraktion. Die Erklärung des Ministers sei keine Katastrophe; erfreulich sei das Nachhinein der Indemnität. Damit sei ein technischer Ausdruck gewonnen. Jetzt müßten alle Theile des Hauses Entgegenkommen zeigen und die Zurückweisung der Majorität genehmigen. — Der Marineminister ist über die drastische Wirkung seiner Erklärung überrascht, denn über die nachträgliche Genehmigung war er nie im Zweifel. Indemnität soll nicht heißen: Bitte um Genehmigung für angerichteten Schaden; so begreife ich dies nicht, denn ich habe keinen Schaden angerichtet. Bezahlt ist noch nichts, die Summe ist noch nicht ganz festgestellt; die Fregatte „Kobbe“ ist für 10,520 Rthl., die Brigg „Robert“ für 8265 Rthl. und der Aviso „Mosquito“ für 8402 Rthl. Sterling anzukaufen beschlossen worden. Die Schiffe sind mit der allergrößten Sorgfalt untersucht, gegen ihre Preiswürdigkeit besteht kein Bedenken, die Schiffe werden jetzt zur Ueberfahrt ausgerüstet. Die geforderte Summe wird vielleicht nicht reichen; das Mehr wird die Marineverwaltung tragen. Welche weitere Reueignements können noch gefordert werden? Mit den Verhandlungen sei eine längere Zeit vergangen, die ganze Korrespondenz sei weitwichtig, ohne Interesse, und nur das Resultat sei wichtig. Werde die Zurückweisung an die Kommission beschloßen, so würden keine weiteren Mittheilungen gemacht werden können.

Abg. Virchow vermahnt sich gegen die Vermuthung des Abgeordneten für Biedum; er glaubt im Interesse des Hauses zu handeln und keineswegs ein formelles Verfahren einschlagen zu wollen. Nach den jetzigen Erklärungen des Ministers ziehe er keinen Antrag zurück. (Bravo!) — Abg. Schneider (Sagan) beantragt den Schluß der Debatte über Nr. 2; der Antrag wird abgelehnt. — Abg. Schuberl konstatirt, daß bei der japanesischen Expedition auch eine Indemnität verlangt worden ist. — Die Abg. Stavenhagen, v. Vincke (Strehlen) und v. Carlowitz verziehen auf das Wort, nicht so der Abg. Kerst, der vergeblich um geneigtes Gehör bittet; das Haus ist der Debatte müde, die Bänke leeren sich. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. Waldack ist gegen die Nr. 2; sind die Schiffe in England bereits gekauft, so mag man sie verkaufen; er würde das

für stimmen, daß dieser Schaden gedeckt werde. — Der Regierungskommissar antwortet dem Vorredner und geht auf Einzelheiten über die Schiffungen in England und Frankreich ein. In Preußen erhalte man aus den Schiffungen die Matrosen erster Klasse und die Unteroffiziere. — Abg. Stavenhagen erklärt sich für Nr. 2. Wer die Uebungsschiffe für unnütz hält, könne die Indemnität nicht bewilligen. — Die Diskussion ist geschlossen. — Der Referent: Er könne für die Indemnität nichts im Namen der Kommission sagen; der Fall sei neu.

Nach einer persönlichen Bemerkung geht das Haus zur Diskussion über Nr. 3, zur Beschaffung von 3 Panzerbooten als erste Rate 600,000 Thlr. und über die Amendements über. — Gegen den Kommissionsantrag nimmt das Wort der Abg. Twisten: Eine Flotte ohne Panzerschiffe sei kaum denkbar. Die preussische Marine müsse dahin kommen, daß sie in der Offsee nächst der russischen die mächtigste werde. Wir würden aber noch lange Zeit brauchen, um den Flotten der kleinen Staaten gewachsen zu sein, wenn die alten Verhältnisse noch geltend wären. Jetzt aber sei der Augenblick gekommen, wo man überall von vorn anfangen muß und diesen Augenblick müsse man benutzen, um einen Vorsprung zu gewinnen, zu dem die überlegenen preussischen Finanzen den Weg ebnen. Die gestern geltend gemachten Gründe seien nicht der Art, daß man die Vorlage ablehnen müsse. Redner geht ausführlich auf den Bau der Panzerschiffe ein und empfiehlt schließlich die Fortsetzung der Regierung. — Abg. Parrius (Hannenburg): Die Militär-Reorganisation sei ein warnendes Beispiel vor Finanzoperationen, die ohne Bewilligung der Landesvertretung begannen. Von Patriotismus könne hier nicht die Rede sein, sondern nur von gewissenhafter Prüfung der Vorlage. Ohne Uebereinstimmung zwischen Regierung und Landesvertretung könne überhaupt ein so großes Werk weder in Angriff genommen noch gefördert werden. So lange also die Regierung nicht das Vertrauen des Landes erlangt, werde Alles ein Nichts sein. — Abg. v. Vincke (Strehlen): Es sei zu beklagen, daß Preußens Landesvertretung den Verzicht machen muß, mit einer Regierung durchzukommen, die nicht das Vertrauen der ersten hat. Eine Marine aber müssen wir haben, und bleibt auch noch Manches in der Verwaltung zu wünschen übrig, so darf man doch deshalb nicht Alles abweisen, und es ist damit keine Zeit zu verlieren. Redner wird jeder Regierung das nothwendige Geld dazu bewilligen.

Ein Antrag auf Schluß wird gestellt; der Schluß wird angenommen. — Nach einigen Worten des Berichterstatters kommt Nr. 4, zur Anlage von Häfen 380,000 Thlr. zur Diskussion. — Abg. Stavenhagen erklärt, daß er auch die Position der Regierung bewilligen werde. Bei der Wahl eines Kriegshafens komme es auf strategische Rücksichten an, und wer diese kenne, werde keinen Zweifel haben, daß Rügen vorzuziehen sei vor Dröbst. Was Kiel betrifft, so gehöre der Hafen nicht uns, und wäre dies der Fall, so werde es Niemandem jemals einfallen, Kiel zum Kriegshafen zu machen. Kiel ist eine vortreffliche Flottenstation, aber kein Kriegshafen. — Abg. Kerst: Häfen sollen das ganze Jahr zugänglich sein. Der Jasmunder Bodden friere zu, die See gehe hoch u. s. w. — Die Debatte ist geschlossen. — Der Finanzminister wünscht, daß der Regierung die Initiative bei Beschaffung der Gelder vorbehalten bleibe. Man wolle jetzt schon Gelder bewilligen und spreche von neuen Steuern, Anleihen. Es könnte ja aber auch möglich sein, daß die Forderungen auf den Etat kämen und dann Ihre Entscheidung auf diese Art vorbeigeführt wird. Die Regierung sieht es aber als eine offene Frage an, wann und wie sie die zweite und dritte Rate pro 600,000 Thlr. fordern soll, und sie will sich der Initiative in dieser Beziehung nicht begeben. — Das Haus schreitet zur Abstimmung. Anträge auf namentliche Abstimmungen werden abgelehnt. Die Nr. 1 der Regierung (200,000 Thlr. zur Fortsetzung begonnener Schiffsbauten) wird abgelehnt, die Nr. 2 (200,000 Thlr. zur Beschaffung von Uebungsschiffen) wird angenommen, Nr. 3 (600,000 Thlr. für Panzerboote) abgelehnt, Nr. 4 ebenfalls. Es ist also nur die Summe von 200,000 Thlr. angenommen. Das Amendement Rastow ist damit erledigt. — Das Amendement Stavenhagen (Koeppel) wird abgelehnt. — Der §. 3 wird ohne Diskussion genehmigt und dann das ganze Geßes, wie es jetzt beschloßen.

Abg. Reichenperger (Biedum) nimmt nun das Wort zu der Resolution: „das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königl. Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage in der nächsten Session einen vollständigen Plan zur schleunigen Entwicklung der Kriegsmarine nebst Nachweis der zur Ausführung dieses Planes erforderlichen, der Finanzkraft des Landes entsprechenden Deckungsmittel zur verfassungsmäßigen Beschloßnahme vorzulegen.“ Er werde gegen die Resolution stimmen, denn sie sei bedenklich und durch ihre Annahme werde die Majorität in Widerspruch mit sich selbst gerathen. Man fordere die Regierung zur Vorlegung eines Flottenplanes auf, der 42 Millionen plus 20 Millionen für Befestigungen kosten werde. Wenn man aber sagt, man will nichts wissen von neuen Steuern und Anleihen, so darf man die Regierung nicht auffordern, etwas zu thun, was nur durch Anleihen erzielt werden kann. (Der Redner bittet den Präsidenten, er möchte ihm Ruhe schaffen, damit er sich verständlich machen könne. Die Herren, die ihn nicht anhören wollten, möchten doch der alten Sitte nach ins Buffet gehen.) Die Resolution hängt aber auch in der Luft, denn es kam Niemanden sagen, daß die Minister ihre Sessel nächstes Jahr geräumt haben werden. Diese Resolution sei eine weiße Salbe. Er kann für neue Steuern zu einer Offenloßloste nicht stimmen. Die Erwerbung des Jadesbusens habe uns politisch geschadet, denn sie habe uns in ein gespanntes Verhältnis mit Hannover gebracht. Was Dänemark betrifft, so sei dies jetzt eine nachträgliche Sorge; die Geschichte von dem zu spät geschütteten Brunnen. Komme die schleswig-holsteinische Frage zum Ausbruch, so werde man nicht Dänemark allein gegenübersehen. Bis zum Gegenbeweise werde für ihn im Zweifel die Autorität der Regierung immer maßgebend sein, er stimme also gegen die Resolution.

Die Diskussion ist geschlossen. Zu persönlichen Bemerkungen nehmen das Wort Abg. Stavenhagen; Abg. Kerst: er habe sich nie als Autorität im Gewesse ponirt; Abg. Reichenperger (Biedum): er habe mir gesagt, es seien im Hause zwei, die behaupten, sie verheßen etwas vom Seewesen. Das wird doch Herr Kerst nicht in Abrede stellen wollen. Da ich grade das Wort habe, möchte ich Hr. Waldack antworten, der mich gestern in meiner Eigenschaft als Abgeordneter für Biedum etwas unanständig berührte. Biedum werden allerlei Eulenspiegelereien in die Schuhe geschoben; es geht Biedum, wie den Ultramontanen, sie müssen für allerlei Schlimmes in der Welt herhalten. — Abg. Waldack: Allerdings spreche man überall von Bedauer Anschlägen wie z. B. von Schöppenstedt; übrigens habe die Stadt Biedum nicht dem Abg. Reichenperger die Majorität verschafft. — Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Hartort wird die Resolution angenommen.

Das Haus erledigt dann ohne Diskussion und nach den Kommissionsanträgen die zwei anderen Gegenstände der Tagesordnung. 1) Den Bericht der Agrarkommission über den aus den Verhandlungen des Herrenhauses zurüdgegangenen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Art. 10 des Gesetzes vom 2. März 1850, wegen Ergänzung der Gemeinheitstheilungsordnung vom 7. Juni 1822 und des §. 15 der Gemeinheitstheilungsordnung für die Rheinprovinz vom 19. Mai 1851, wonach der Schlußtag des §. 2, die Frist von 6 Jahren betreffend, aufrecht erhalten wird; 2) den Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe, betreffend den Jahresbericht des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten über den Bau, beziehungsweise die Ergebnisse des Betriebes der preussischen Staatsbahnen im Jahre 1861. (S. unten.) Um 3/4 Uhr wird die Sitzung auf Sonnabend 10 Uhr vertagt. Tagesordnung: Bericht der Subkommission über die Rechnungslage pro 1859, 1860 nebst Decharge; 8. Petitionsbericht.

Die Kommission für Handel und Gewerbe berichtet über den Jahresbericht des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten über den Bau, beziehungsweise die Ergebnisse des Betriebes der preussischen Staatsbahnen im Jahre 1861. Wir bemerken im Allgemeinen nur, daß der Bau der Hogat- und Weichselbrücken zu der Anlage mehrerer industrieller Establishments Veranlassung gegeben, welche gegenwärtig unter der Leitung der Eisenbahn-Direktion für das große Publikum auf Kauf und Bestellung arbeiten. Es sind dies eine Maschinenbauanstalt zu Dirschau, eine Cementfabrik ebendasselbst und eine bedeutende Biegelei zu Kniebau. Die Maschinenbauanstalt hat bei einer Ausgabe von ca. 86,000 Thlr. nur eine Brutto-Einnahme von 88,200 Thlr. gehabt, also eine Nettoeinnahme von 1600 Thlr. ergeben; eine Summe, welche kaum die Zinsen des zu einem derartigen Geschäft erforderlichen Betriebskapitals deckt, und bei welcher von einer Verzinsung oder gar Amortisation des Anlagekapitals gar keine Rede sein kann. Nicht viel bessere Resultate sollen bei dem Betriebe der Cementfabrik und der Biegelei erzielt werden. — Wenn überhaupt schon aus bekannten volkswirtschaftlichen Gründen der Betrieb gewerblicher Establishments durch den Staat als eine Anomalie bezeichnet werden muß, wenn es ferner erfahrungsmäßig feststeht, daß dergleichen Geschäfte durch Privatleute viel gewinnreicher betrie-

ben werden können, als durch eine in den bureaukratischen Schematismus eingewängelte Verwaltung; so empfiehlt es sich gewiß, im vorliegenden Falle auf die Entäußerung dieser Anlagen hinzuwirken, welcher Ansicht die Kommission einstimmig beiträgt. — Der Vertreter der königl. Staatsregierung erklärte hierauf, daß auch bei letzterer die Ablicht vorliege, die fraglichen Establishments theils zu veräußern, theils aufzugeben. Was die Biegelei und die Cementfabrik anbelangt, so schwebte deshalb bereits Unterhandlungen, die jedoch bis jetzt noch zu keinem Abschluß geführt hätten, da bisher ein annehmbares Angebot noch nicht habe erzielt werden können. Auch die Maschinenbauanstalt beabsichtige die Regierung entweder zu veräußern, oder auf eine dem Eisenbahn-Bedürfnis entsprechende Ausdehnung zu beschränken. Bei dem Mangel derartiger Anstalten in der Provinz habe sich der Oberpräsident für die längere Beibehaltung derselben im Interesse des Ackerbau- und Gewerbetreibenden Publikums ausgesprochen. Uebrigens sei dieser Gegenstand gelegentlich der Beratung des Staatshaushaltsetats zur Erörterung gekommen und bei dieser Gelegenheit von der Staatsregierung eine ähnliche Erklärung abgegeben worden.

Das gesammte, für die Staatseisenbahnen zur Disposition gestellte Anlagekapital betrug exkl. der Bahn Altenbeelen-Holzminde Ende 1861 100,665,042 Thlr., davon waren bereits verausgabt 95,666,676 Thlr.; es blieb also ein disponibler Bestand von 4,798,366 Thlr. Die Länge der Ende 1861 in Betrieb befindlichen Staatsbahnen betrug 212, Meilen. Im Bau befanden sich außer der Bahn Altenbeelen-Holzminde noch 1,023 Meilen. Die Gesamtlänge betrug daher 214,33 Meilen. Das Anlagekapital ist aufgebracht worden: a) durch Staatsanleihen in Höhe von 61,200,000 Thlr., b) durch Uebernahme von Eisenbahnaktien 83,564,000 Thlr., c) durch Ueberweisung aus dem Eisenbahnfonds und den Betriebsüberschüssen 17,101,042 Thlr. Die Staatseisenbahnen haben in dem Betriebsjahre 1861 einen reinen Ueberfluß von 4,915,781 Thlr. abgeworfen, welcher einer Verzinsung des bis Ende 1861 wirklich verwendeten Kapitals, im Betrage von 95,866,676 Thlr. auf Höhe von 5,127 Prozent entspricht, während dieselben im Vorjahre nur 4,578 Prozent betrug; die Rentabilität ist daher um 0,549 Prozent größer gewesen als im Vorjahre. Die Kommission beantragt schließlich: das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: der königlichen Staatsregierung die Einführung und Begründung eines Erneuerungsfonds für sämtliche Staatsbahnen zur Erwägung und Berücksichtigung zu empfehlen, im übrigen aber den vorliegenden 12. Jahresbericht des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, betreffend den Fortgang des Baues, beziehungsweise die Ergebnisse des Betriebes der Staatsbahnen im Jahre 1861 unter Anerkennung der gewonnenen Resultate für erledigt zu erachten. — Der Agrarkommission war aus den Verhandlungen des Herrenhauses der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Art. 10 des Gesetzes vom 2. März 1850, wegen Ergänzung der Gemeinheitstheilungsordnung vom 7. Juni 1822 und des §. 15 der Gemeinheitstheilungsordnung für die Rheinprovinz vom 19. Mai 1851 zur nochmaligen Beratung überwiesen worden. Das Herrenhaus hatte befohlen den Schlußtag des §. 2, welcher von dem Abgeordnetenhaus dahin formulirt war: „die festzusetzende Frist zur völligen Abänderung darf in keinem Falle den Zeitraum von sechs Jahren übersteigen“ gestrichen, und hiermit die Fristbestimmung für den Fall der mangelnden Einigung der Interessenten lediglich in das Belieben der Auseinanderlegungsbehörde gelegt. Die Agrarkommission vereinigte sich nach langer Diskussion schließlich in der Auffassung, daß bei gleichzeitiger Rücksicht auf das beiderseitige Interesse des Verpflichteten und des Berechtigten die gesetzliche Feststellung einer Maximalfrist unerlässlich sei, wogegen die Regierungskommissarien erklärten, daß jede Fristbestimmung Seitens der königlichen Staatsregierung für bedenklich erachtet werden müsse. Die Kommission beantragt die Wiederherstellung des vom Herrenhause gestrichenen Zusatzes. Dem Bericht ist eine Denkschrift des Finanzministers beigelegt.

Lokales und Provinziales.

Posen, 10. Oktober. [Berurtheilung.] Wie wir erfahren haben, ist der Konditorgehilfe Proßt, welcher sich zu Anfang dieses Jahres hier aufhielt und unter dem Namen eines Partikuliers Proßt von Zinkenstein auftretend, mehrere hiesige Kaufleute und Gewerbetreibende zu benachtheiligen wußte, gestern in Glogau zu einer 14jährigen Zuchthausstrafe, wegen groben Betruges und Fälschung von Dokumenten verurtheilt worden. Der Industrierritter, welchem ein gewinnendes Anzeigens zur Seite stand, hatte sich das Aire eines großen Herrn anzueignen gewußt und damit manchen Arglosen hinteres Licht geführt. So war er in Gesellschaft zweier auswärtiger Beamten hier eingetroffen, von denen der eine in dem Herrn Proßt von Zinkenstein seinen zukünftigen Schwiegerohn sah, war hier bekannten Familien vorgestellt worden, logirte in einem der größten Hotels, denn er hatte ja als natürlicher Sohn und einziger Erbe des verstorbenen Grafen von Zinkenstein außer dem, im Fraustädter Kreise belegenen Gute Seyersdorf, noch ein Legat von 500,000 Thlr. zu erheben. Er fand Glauben, denn in seinen Händen ruhte eine, von einem hiesigen Rechtsanwalte beglaubigte Abschrift des Testaments, überdies zeigte er eine Menge Korrespondenzen, welche er mit demselben Notar gepflegt hatte; also besonderer Grund zum Mißtrauen war nicht vorhanden. Seine Frechheit ging sogar so weit, daß er die Dame, welche er zu seiner Braut erkoren hatte, herkommen und einige Zeit hier weilen ließ. Abgesehen davon, daß er sich bei den Hoteliers, Doktoren, Friseurn und Garderobiers Kredit zu verschaffen wußte, benachtheiligte er auch den Herrn, an welchen er von seinen answärigen zukünftigen Verwandten warm empfohlen worden, um eine nicht unbedeutende Summe. Daß die betreffenden Dokumente gefälscht und zwar erst hier gefälscht sein könnten, fiel keinem der Beteiligten ein, da Proßt v. Zinkenstein in seiner Dreistigkeit, wie uns erzählt worden, so weit ging, daß er zu verschiedenen Malen die Beamten des hiesigen königl. Kreisgerichts mit der Frage angegangen, ob denn die Regulirung seiner Erbschaftsanlage noch nicht erfolgt sei? Wie uns mitgetheilt, waren 9 hiesige Einwohner als Zeugen gegen den Betrüger nach Glogau geladen, sogar ein junger Mann von hier in den Proßeß als Theilnehmer an der Fälschung der Dokumente mit verwickelt, jedoch freigesprochen worden. Schließlich wollen wir nur noch bemerken, daß v. Proßt wegen Diebstahls schon mehrmals, zuletzt durch Erkenntniß des königl. Kreisgerichts im Glogau im Jahre 1855 zu sechsjähriger Zuchthausstrafe und Stellung unter Polizeiaufsicht bestraft worden war.

Bei der gestrigen Konferenz des Verwaltungsrathes der hiesigen Schützengilde hat der Pächter des Schützenhauses, vielleicht befriedigt durch den Erfolg seiner Drohung, sich bereit erklärt, die fällige Pacht zu zahlen. Die Gilde bleibt natürlich verpflichtet, seiner durch ihren Zwiespalt erlittenen Einbuße Rücksicht zu schenken.

[Zurückgewiesene Nichtigkeitsbeschwerde.] In dem Prozesse gegen den Maschinenbauleben Koch Mizerski wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und gegen den Redakteur des „Dziennik poznański“ Jagielski wegen Preßvergehen hat der Kriminalsenat des königl. Obergerichtes die von den Angeklagten eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde als unbegründet zurückgewiesen.

Gräs, 8. Oktober. [Entdeckung.] Auf welche Weise ganze Astenstücke aus Biecaur's verschwinden können, zeigt folgender Fall. In einer Prospektade, die schon gegen 10 Jahre schwelt, sollten zu einem neuen Termine die Asten vorgelegt werden, konnten aber nicht gefunden werden. Man hätte vielleicht eine unschuldige Person in Verdacht gehabt, dieselben auf die Seite gebracht zu haben, wenn es sich nicht gestern glücklicherweise herausgestellt hätte, wo sie geblieben sind. Ein Gerichtsbeamter kaufte bei einem Fleischer Würst und wurde ihm dieselben in Altpapier eingewickelt. Auf diesem Papier las er zufällig den Namen einer in diesem Prozesse vorkommenden Person und machte sofort von seiner Entdeckung Anzeige. Die Nachforschung blieb auch nicht unbelohnt, denn man fand bei dem Fleischer ein noch ganz (Fortsetzung in der Beilage.)

unverhehrtes großes Altentuch, ein anderes war schon größtentheils zum Einwickeln der Wurst verbraucht worden.

Am 7. Okt. [Vereinswesen.] Unsere Stadt mit ca. 6000 Einwohnern, wovon 3/4 der israel., 1/4 der evangel., und 1/4 der kathol. Konfession angehören, zählt bereits fünf deutsche Vereine: den Damenverein, Gesangverein, die Feuerwehr, den Turnverein und Veteranenverein.

Der Turnverein feierte am 31. August sein Stiftungsfest und die Fahnenweihe. Es war ein wahrhaft erhebender Anblick, Jung und Alt wetteifern zu sehen, um die Stadt zu schmücken und den Fremden Turnern aus Wartenberg, Constadt, Kreuzburg und Ostrowo einen freundlichen Empfang zu bereiten.

Gräben schlagen lassen. Da dies die Berkebesstraße nach Odrzycko und Wronke ist, wir hier auch noch jeglicher Gasbeleuchtung ermangeln, so ist zu befürchten, daß mancher Reisende mit Pferd und Wagen in die Gräben gerath, da weder Bäume, noch Pfähle, noch Steine bei Nachtzeit die Straße kenntlich machen.

Für die neu gegründete Hypothekenversicherungs-Gesellschaft ist Gutsbesitzer L. auf Kl. Kroschin zum Agenten ernannt worden. Wahrscheinlich wird durch dieses Institut den Wucherern hiesiger Provinz der Todesstoß versetzt werden.

Die Prüfung und Aufnahme neuer Schüler in das hiesige Progymnasium findet am Montag den 13. Oktober Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr im Schullokale statt.

behalten können, zu diesen rechnet sie die Pflicht, darauf zu halten, daß die Verfassung auch in denjenigen Theilen, welche die Rechte der Krone und dieses hohen Hauses betreffen, eine Wahrheit bleibe.

Angelommene Fremde.

- SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer Kobermann aus Chryastowo, Probst Gniatczynski aus Targowagorta, Frau Gutsbesitzer Puffte aus Kosten, die Gutsbesitzer v. Mielolowski aus Siedlec und Wiczorek aus Smielowo.

Telegramm.

Berlin, 10. Oktober. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses brachte Graf Arnim-Bohlenburg ein durch 58 Mitglieder unterstütztes Amendement ein, welches die Ablehnung des aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangenen Budgets und die Annahme der Regierungsvorlage will.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist: Nr. 39 der Kaufmann Salomon Lewin aus Gembic, Ort der Niederlassung: Gembic, Firma: Salomon Lewin; Nr. 40 der Kaufmann Jabel Lewin aus Mogilno, Ort der Niederlassung: Mogilno, Firma: Jabel Lewin, eingetragen worden.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschaftsregister ist folgende Eintragung bewirkt worden: Nr. 3. Firma der Gesellschaft: Selig Salomon. Sitz der Gesellschaft: Hauptniederlassung: Samoczyn.

Holzverkaufstermine in der Oberförsterei Moschin pro IV. Quartal 1862.

Zum öffentlichen meistbietenden Verkauf der in der Oberförsterei Moschin eingeschlagenen Brenn- und Bauhölzer stehen folgende Termine zur freien Konkurrenz an: A. I. Für die Schutzbezirke Krayowo, Grzybno, Rogalinek, Moschin, Puszczykowo, Chomenczye: am 29. Oktober Vormittags 10 Uhr auf der Forstasse zu Moschin.

Der königl. Oberförster Spieler.

Vorteilhaften Einkäufen auf jüngster Leipziger Messe zufolge kann die neuesten Stoffe für Herren-Garderobe zu äußerst billigen Preisen abgeben. Markt 82, eine Treppe.

Der Bodverkauf bei hiesiger sehr wohlreicher, edler Negretti-Stammherde beginnt am 1. November. Die Herde ist kerngesund, frei von Traber und ähnlichen erblichen Krankheiten.

Die Prüfung und Aufnahme neuer Schüler in das hiesige Progymnasium findet am Montag den 13. Oktober Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr im Schullokale statt.

Der Unterricht in meiner Schulanstalt, Markt 57, beginnt Dienstag den 14. Oktober. Zur Aufnahme neuer Schüler bin ich täglich von 2-5 Friedrichstr. 24 bereit.

Käufliche Güterkomplexe, insbesondere mit Forst, sucht im Antrage und bittet verkaufslustige Herren Besitzer um gefällige Mittheilungen F. Tesmer in Danzig, Langgasse.

Wirdlinge. Aepfel, 3jährige, 100 Stück 1 Thlr., do. 2jährige, 100 Stück 20 Sgr., Birnen, 3jährige, 100 Stück 1 Thlr. 5 Sgr., do. 2jährige, 100 Stück 25 Sgr.

Theater. Perspektive in den neuesten Façons mit 12, 8 und 6 Gläsern zu 2/3, 4 u. 6 Thlr. sind in großer Auswahl vorräthig bei Gebr. Pohl, Optiker, Wilhelmstr. 9.

Don morgen an, jeden Sonnabend Mittags und Abends frische Berliner Leber- und Semmelwürst bei L. Rauscher, Breslauerstr. Nr. 40. Auch ist daselbst wieder frischer Fleischkäse zu haben.

Wronker Dopp. Bier wird in bester Güte wieder verabreicht G. Kaestner, Wilhelmstraße Nr. 16.

Schöne reife Beurré blanc billig zu haben bei A. Jorzig, Graben 39. Ich wohne jetzt St. Adalbert 42 Barterre. Dr. Brunner, Stabsarzt.

Norddeutscher Lloyd. Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Bremen und Newyork.

Southampton anlaufend: Post-D. Newyork, Capt. G. Wenke, am Sonnabend den 25. Oktober. Hansa, Capt. H. J. v. Santen, am Sonnabend den 22. Nov. Newyork, Capt. G. Wenke, am Sonnabend den 20. Dezember.

Dampfschiffahrt mit England. Nach London jeden Montag und Donnerstag Morgen. Sull Montag Morgen. Bremen, 1862. Friedrichstraße 22 sind vier freundliche Zimmer, Küche, Keller und Holzgelass sofort zu vermieten.

Ich wohne jetzt Mühlenstraße Nr. 15. H. Bielefeld.

Wohnungs-Veränderung. Dem geehrten Publikum zeige ich ganz ergeben an, daß ich meine Wohnung nebst Geschäftslokal von Wasserstraße Nr. 25, schräg über nach Nr. 5 verlegt habe. Julie Tymmelmeier, Klempnermeisterswitwe.

Ich wohne jetzt Halbbordstr. 7, im 1. Stock. C. Ed. Pathe, Komponist und Musiklehrer. F. Mikolajewski, Schornsteinfegermeister, wohnt Wallischei 39.

Die Güter werden durch besidigte Messer gemessen. Post: Die mit diesen Dampfschiffen zu versendenden Briefe müssen die Bezeichnung „via Bremen“ tragen. Nähere Auskunft ertheilen: in Berlin die Herren Constantin Eisenstein, Generalagent, Invalidenstr. 77; A. v. Jasmund, Major a. D., Landsbergerstraße 21; H. C. Pätzmann, Generalagent, Louiseplatz 7; Wilhelm Treplin, Generalagent, Invalidenstr. 79.

Die Direktion des Norddeutschen Lloyd. Crüsemann, Direktor. H. Peters, Prokurant.

Die Feuerversicherungsgesellschaft von Amsterdam, errichtet im J. 1771, sucht Agenten im Königreich Preußen.

Züchtige, unverheiratete Brennereiverwalter, welche sich über ihre Leistungen genügend ausweisen können...

Ein Wirtschaftsbearbeiter, 38 Jahre alt, der seit bereits 20 Jahren größere Güter mit Erfolg bewirtschaftet...

Auf dem Dominium Kolochowo, Kreis Posen, wird ein deutscher, der polnischen Sprache mächtiger Wirtschaftsschreiber...

Ein Kunst- und Biergärtner sucht ein Privat-Unternehmen.

Ein Viertel-Voss Nr. 47, 484 der St. Preuß. 126. Klassen-Lotterie ist mir verloren gegangen.

Am 5. d. M. ist mir in Grätz eine schwarze und weißgefleckte englische Hühnerhündin verloren gegangen.

Ich warne hiermit Jedermann, meiner Ehefrau Margaretha Godera geb. Marfiewicz, welche sich böswillig verlassen, nichts zu leihen...

Zeitungs-Verzeichniss von Haasenstein & Vogler. Hamburg-Altona und Frankfurt a. M. 6. Auflage. 1. October 1862.

In der J. J. Heineschen Buchhandlung, Markt 85, ist vorrätzig: Der kleine Deutsche, oder die Kunst, die Muttersprache in 24 Stunden ohne Lehrer richtig schreiben und sprechen zu lernen.

Answärtige Familien-Nachrichten. Verlobungen. Angermünde: Fr. M. Klapper mit dem Fr. Binsche und Fr. F. Köster...

Stadttheater in Posen. Freitag: Erste Opernvorstellung: Die Hochzeit des Figaro. Große komische Oper in 4 Akten von Mozart.

Lambert's Garten. Sonntag: Konzert und Feuerwerk. Anfang 5 Uhr. Entrée 2 1/2 Sgr.

Höfde, Fr. C. Schede mit Hauptm. Herrn v. Berder, Fr. M. v. Wlasowaska mit Hptm. v. v. Wolfstadt und Fr. C. Wittmann mit Musiklehrer Carl Pallemann...

Städtische Sparkasse. Freitag: Erste Opernvorstellung: Die Hochzeit des Figaro. Große komische Oper in 4 Akten von Mozart.

Produkten-Börse. Berlin, 9. Oktober. Nach amtlicher Feststellung durch die Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loco pr. 8000% nach Tralles...

Kaufmännische Vereinigung zu Posen. Geschäftsversammlung vom 10. Oktober 1862. Roggen behauptet, pr. Dkt. 43 Br., Dkt. Nov. 41 1/2 Gd., 1/2 Br., Nov.-Dez. 41 1/2 Br.,

Table with columns: Fonds, Br. Gd. bes. Pfönerer 4% alte Pfandbriefe, 3%, 4% neue, Rentenbriefe, Provinzial-Bankaktien, 5% Prov.-Obligat., 5% Kreis-Obligat., 5% Odra-Mel.-Oblig., 4 1/2% Kreis-Obligat., 4 1/2% Stadt-Oblig., 11. Em., Preuß. 3 1/2% Staats-Schuldsch., 4% Staats-Anleihe, 4 1/2% Freim. Anleihe, 4 1/2% St.-Anl. excl. 50n52, 5% Staats-Anleihe, 3 1/2% Prämien-Anleihe, Schlesische 3 1/2% Pfandbriefe, Westpreuß. 4%, Polnische 4%, Oberöchl. Eisenb. St. Aktien Lit. A., Prior. Akt. Lit. E., Stargard-Pof. Eisenb. St. Akt., Polnische Banknoten, Ausl. Banknoten große Ap., Neueste 5% Russ. Engl. Anleihe, 5% Hypothekbank-Certifikate

Table: Börsen-Telegramm. Berlin, den 10. Oktober 1862. Roggen, Stimmung still, loco 50 1/2, Oktober 51 1/2, November-Dezember 46. Spiritus, Stimmung flau, loco 15 1/2, Oktober 16 1/2, November-Dezember 15 1/2. Rüböl, Stimmung behauptet, loco 14 1/2, Oktober 14 1/2, November-Dezember 14 1/2.

Table: Eisenbahn-Aktien. Aachen-Düsseldorf 3 1/2, Aachen-Maitricht 4, Amsterd. Rotterd. 4, Berg. Märk. Lt. A. 4, do. Lt. B. 4, Berlin-Anhalt 4, Berlin-Hamburg 4, Berl. Potsd. Magd. 4, Berlin-Stettin 4, Bresl. Schw. Freib. 4, Nordb., Fried. Wilh. 4, Oberschl. Litt. A. 4, do. Litt. B. 4, do. Litt. C. 4, do. Litt. D. 4, do. Litt. E. 4, do. Litt. F. 4, Deutr. Franzöf. St. 3, Deutr. südl. Staatsb. 3, Pr. Wilh. I. Ser. 5, do. II. Ser. 5, do. III. Ser. 5, do. v. Staat garant. 3 1/2, Rhein-Nahv. St. G. 4, do. Prior. Obl. 4, Rhein-Nahv. St. G. 4, do. II. Em. 4, do. III. Em. 4, Ruhrort-Crefeld 4, do. II. Ser. 4, do. III. Ser. 4, Stargard-Pofen 4, do. II. Em. 4, do. III. Em. 4, Thüringer 4

Table: Gold, Silber und Papiergeld. Friedrichsd'or 113 1/2, Gold-Kronen 9 1/2, Louisd'or 110, Sovereigns 6 2 1/2, Napoleond'or 5 10 1/2, Gold pr. 3 Pfd. f. 3mp. 462, Dollars 1 1 1/2, Silb. pr. 3 Pfd. f. 29 2 1/2, R. Sächf. Kass. A. 99 1/2, Fremde Noten 99 1/2, do. (eincl. in Peitz.) 99 1/2, Deutr. Banknoten 82 1/2, Poln. Bankbillets 90 1/2, Russische do. 90 1/2

Table: Fonds- u. Aktienbörse. Berlin, den 9. Oktob. 1862. Preussische Fonds. Freiwillige Anleihe 4 1/2, Staats-Anl. 1859 5, do. 50, 52 konv. 4 1/2, do. 54, 55, 57, 59 4, do. 1856 4, do. 1853 4, Präm. St. Anl. 1855 3, Staats-Schuldsch. 3, Kur-u-Nenn Schuldv. 3, Berl. Stadt-Obl. 4, do. da. 3, Berl. Börsen-Obl. 5, Kur-u-Neu- 3, Märkische 4, Ostpreussische 3, Pommersche 3, do. neue 4, Posenische 3, do. neue 3, Westpreussische 3, do. neue 4, Kur-u-Neumark. 4, Pommersche 4, Posenische 4, Rhein.-Westf. 4, Sächsische 4, Schlesische 4

Table: Ausländische Fonds. Luremburger Bank 4, Magdeb. Privatb. 4, Meiningen Kreditb. 4, Moldau. Land. Bl. 4, Norddeutsche do. 4, Deutr. Kredit. do. 4, Pomm. Ritter. do. 4, Pfönerer Prov. Bank 4, Preuß. Bank-Anth. 4, Klotzeker Bank 4, Schles. Bankverein 4, Thüring. Bank 4, Vereinsbank Hamb. 4, Weimar. Bank 4

Table: Eisenbahn-Aktien. Aachen-Düsseldorf 3 1/2, Aachen-Maitricht 4, Amsterd. Rotterd. 4, Berg. Märk. Lt. A. 4, do. Lt. B. 4, Berlin-Anhalt 4, Berlin-Hamburg 4, Berl. Potsd. Magd. 4, Berlin-Stettin 4, Bresl. Schw. Freib. 4, Nordb., Fried. Wilh. 4, Oberschl. Litt. A. 4, do. Litt. B. 4, do. Litt. C. 4, do. Litt. D. 4, do. Litt. E. 4, do. Litt. F. 4, Deutr. Franzöf. St. 3, Deutr. südl. Staatsb. 3, Pr. Wilh. I. Ser. 5, do. II. Ser. 5, do. III. Ser. 5, do. v. Staat garant. 3 1/2, Rhein-Nahv. St. G. 4, do. Prior. Obl. 4, Rhein-Nahv. St. G. 4, do. II. Em. 4, do. III. Em. 4, Ruhrort-Crefeld 4, do. II. Ser. 4, do. III. Ser. 4, Stargard-Pofen 4, do. II. Em. 4, do. III. Em. 4, Thüringer 4

Table: Gold, Silber und Papiergeld. Friedrichsd'or 113 1/2, Gold-Kronen 9 1/2, Louisd'or 110, Sovereigns 6 2 1/2, Napoleond'or 5 10 1/2, Gold pr. 3 Pfd. f. 3mp. 462, Dollars 1 1 1/2, Silb. pr. 3 Pfd. f. 29 2 1/2, R. Sächf. Kass. A. 99 1/2, Fremde Noten 99 1/2, do. (eincl. in Peitz.) 99 1/2, Deutr. Banknoten 82 1/2, Poln. Bankbillets 90 1/2, Russische do. 90 1/2

Br. u. Gd., Nov.-Dezbr. 47 1/2 Br., Br. u. Gd., Frühl. 45 1/2 a 46 Rt. b. Große Geste 36 a 41 Rt. Hafer loco 22 a 25 Rt., Dkt. 23 1/2 Br., Dkt. Nov. 23 Br., Novbr.-Dez. 23 Br., Frühljahr 22 1/2 Rt. b. Rüböl loco 14 1/2 Br., Dktbr. 14 1/2 a 14 1/2 a 14 1/2 Br., u. Br., 14 1/2 Gd., Dkt.-Nov. 14 1/2 a 14 1/2 Br., u. Gd., 14 1/2 Br., Nov.-Dez. 14 1/2 Br., Dec.-Jan. Rt. 14 1/2 Br., Br. u. Gd. Rindöl loco 15 Rt. b. Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 Br., Dkt. 15 1/2 a 15 1/2 a 15 1/2 Br., Dkt.-Nov. 15 1/2 a 16 1/2 a 16 1/2 Br., Br. u. Gd., Nov.-Dez. 15 1/2 a 15 1/2 a 15 1/2 Br., Br. u. Gd., Mai 16 1/2 a 16 1/2 a 16 1/2 Rt. b. Weizenmehl 0. 4 1/2 a 5 1/2, 0. u. 1. 4 1/2 a 4 1/2 Rt. Roggenmehl 0. 3 1/2 a 4, 0. u. 1. 3 1/2 a 3 1/2 Rt. (B. u. D. B.) Stettin, 9. Oktbr. Wetter: trübe, regnig. Temperatur 11°. Wind: WNW. Weizen loco p. 85 Pfd. gelb. Komu. 72-73 Br., Schlef. 70-72 Br., weiß. Rat. 74 Br., 83/85 Pfd. gelb. Dkt. 72 1/2 Br., Frühljahr 72 Rt. b. Roggen p. 2000 Pfd. loco 50-51 1/2 Br., Dkt. 50 1/2 Br., 1/2 Br., Dkt.-Nov. 48 Br., Frühljahr 45 1/2, 1/2 Rt. b. u. Br., 1/2 Gd. Gerste loco p. 70 Pfd. Dberbr. 36 Br., Frühl. 69/70 Pfd. Borpomn. 36 Br. Hafer loco p. 50 Pfd. 25 1/2 Br. Rüböl loco 14 1/2 Br., Dkt. 14 1/2 Br., April-Mai 14 Rt. Gd., 14 1/2 Br. Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 Br., mit Faß 16 1/2 Br., Dkt. 16 1/2 Br., 1/2 Gd., Dkt.-Nov. 15 1/2 Br., Frühl. 15 1/2, 1/2 Br., u. Gd. (Dkt. Btg.) Breslau, 8. Oktober. Wetter sehr schön 8° Wärme. Wind: NW. Weißer schlesischer Weizen p. 85 Pfd. 74-77-80-84 Sgr., gelber schlef. 72-74-76-79 Sgr., weißer galiz. und poln. 73-79-80 Sgr., gelber und bunter 72-74 Sgr., feinste Sorten über Notiz. Roggen p. 84 Pfd. 53-55-57-58 Sgr. Gerste p. 70 Pfd. 39 1/2-40 1/2 Sgr. Hafer p. 50 Pfd. 24-25 Sgr. Wintererbs 220-234-246 Sgr., Wintererbsen 216-228-240 Sgr. Sommererbsen 192-202-214 Sgr. p. 150 Pfd. Brutto. Kothler alter Kleefamen 9-13 Rt., neuer 13 1/2-16 1/2, weißer 14-19 Rt., hochfeiner darüber p. Ctr. Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 15 1/2 Rt. Gd. An der Börse. Roggen p. Dkt. 44 1/2-45-44 1/2 Br., u. Gd., Dkt.-Nov. 43 1/2 Br., Nov.-Dezbr. 42-42 1/2 Br., Dec.-Jan. 42 Gd., Febr.-März 42 Br., April-Mai 42 1/2 Br. Hafer, p. Dkt. 20 Br., April-Mai 21 Br. Rüböl loco 14 1/2 Br., p. Dkt., Oktbr.-Nov., Nov.-Dez., Dec.-Jan., Jan.-Febr., Febr.-März u. März-April 14 1/2 Br., April-Mai 13 1/2 Br. Spiritus loco 15 1/2 Br., 15 1/2 Gd., p. Dkt. 15 1/2 Br., Dkt.-Nov. 15 1/2 Br., Nov.-Dez. 14 1/2 Gd., April-Mai 15 1/2-15 1/2 Br. (Bresl. Hbl. 66l.) Magdeburg, 9. Oktober. Weizen 62-68 Thlr., Roggen 53-54 Thlr., Gerste 37-42 Thlr., Hafer 24-25 Thlr. Telegraphischer Börsenbericht. Hamburg, 9. Okt. Weizen loco nur Konsumgeschäft, ab Auswärts flau. Roggen loco fest, ab Dttse unverändert und stille. Del Oktober 31 1/2, Mai 29 1/4. Kaffee fest und ruhig.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse. Frankfurt a. M., Donnerstag 9. Oktober, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Günstigere Wiener Notierungen influirten auf die Kurse österreichischer Spekulationspapiere. Schlusskurse. Staats-Prämien-Anleihe —. Preuß. Kassenscheine 104 1/2. Ludwigsbafen - Verbach 140. Ber- Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. F o c h m u s in Posen. — Druck und Verlag von W. D e c k e r & C o m p. in Posen.